

Partnerschaft Entwicklung Gerechtigkeit

G 8619

Bangladesch Zeitschrift

3-4/2015

NETZ
বাংলাদেশ



Perspektive 2030

Bangladesch und die Ziele nachhaltiger Entwicklung

NETZ - Bangladesch Zeitschrift
Nr. 3-4, 37. Jahrgang, 27.11.2015

NETZ kämpft für Menschenwürde und gegen Hunger in Bangladesch. Partnerschaftlich und professionell unterstützt NETZ Selbsthilfe – für Ernährung, Bildung und Menschenrechte.

Gefördert aus Mitteln des Kirchlichen Entwicklungsdienstes durch Brot für die Welt – Evangelischer Entwicklungsdienst.



IMPRESSUM

Herausgeber: NETZ Partnerschaft für Entwicklung und Gerechtigkeit e.V. / Moritz-Hensoldt-Str. 20 / 35576 Wetzlar / Telefon: 06441-97463-0 / Fax.: 06441-97463-29 / E-Mail: zeitschrift@bangladesch.org
ISSN: 1619-6570

v.i.S.d.P.: Dirk Saam

Layout: Katharina Häuslein, Sandra Schiffke

Titelfoto: Snigdha Zaman

Druck: Druckkollektiv GmbH

Redaktion: Serge Birtel, Peter Dietzel, Kai Fritze, Heiko Herold, Patrizia Heidegger, Benjamin Kühne, Moritz Marbach, Philip Paulukat, Niko Richter, Dirk Saam, Sven Wagner (Redaktionsleitung), Linda Wallbott.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung von Herausgeber und Redaktion wieder.

Die Zeitschrift erscheint vierteljährlich. Jahresabonnement: 20 € / Einzel exemplar: 5 €.



Thema: Ziele für nachhaltige Entwicklung in Bangladesch

Große Herausforderungen bleiben

Von den Millenniumszielen zur nachhaltigen Entwicklung
Von Dirk Saam

4

„Positive Veränderung muss erkämpft werden“

Hürden bei der Umsetzung der SDG-Agenda
Im Gespräch mit Jürgen Maier

7



Die 17 Ziele nachhaltiger Entwicklung

Sustainable Development Goals der UN

Zusammengestellt von Dirk Saam, Philip Paulukat, Zakir Hossain und Sven Wagner

10

Gewalt kann überwunden werden

NETZ und die Entwicklungsziele
Von Peter Dietzel

27

Politik und Gesellschaft

Meldungen aus Bangladesch

Zusammengestellt von Benjamin Kühne

30

KULTUR

Nähe zur Tradition

Der Maler und Grafiker Quayyum Chowdhury
Von Peter Dietzel

31



NETZ aktiv

Meldungen aus der NETZ-Geschäftsstelle, Aktionen und Nachrichten.

32



Peter Dietzel
NETZ-Geschäftsführer

Liebe Leserin, lieber Leser,

die Armut und den Hunger in der Welt beseitigen, gerechte und hochwertige Bildung gewährleisten, Selbstbestimmung für alle Frauen und Mädchen erreichen – diese und weitere Ziele haben die 193 Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen (United Nations, UN) im September 2015 verabschiedet. Die insgesamt 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung, die sogenannten Sustainable Development Goals, sollen von 2016 bis 2030 umgesetzt werden.

Dieser Beschluss ist der Beginn einer neuen Entwicklungsära. Die gegenwärtige Generation könne „die erste sein, die die Armut beendet“ und ebenso die letzte, die den Planeten rettet, heißt es in dem Aktionsplan.

Der Entwicklung der Agenda gingen zahlreiche Konsultationen voraus. NETZ hat dabei die Sicht von Menschen in Bangladesch eingebracht, über die größte weltweite zivilgesellschaftliche Bewegung zur Bekämpfung von Armut, den Global Call to Action against Poverty.

Die Ziele für nachhaltige Entwicklung folgen den acht Millenniumszielen, welche der UN-Gipfel im Jahr 2000 für den Zeitraum bis 2015 verabschiedet hatte. Bangladesch hat die meisten Ziele erreicht oder übertroffen. Der Anteil der Menschen in Armut wurde halbiert. Nahezu alle Kinder im schulfähigen Alter werden mittlerweile eingeschult. Die Sterblichkeitsrate bei Säuglingen sank signifikant. In Fachkreisen findet dies große Anerkennung.

Die enormen Erfolge dürfen gefeiert werden, auch in den Medien. Die Schattenseiten sollen dabei ebenso diskutiert werden. Viele sogenannte Fortschritte werden auf Kosten der Natur, der Gesundheit tausender Menschen, der sozialen Harmonie und der kulturellen Vielfalt erzielt.

Die neue Entwicklungsagenda bis 2030 ist ein wichtiger Meilenstein auf dem Weg zu einer gerechteren Welt, zur Stärkung der Menschenrechte und für das Wohlergehen künftiger Generationen. Sie erfordert jedoch mehr Engagement, von den Entwicklungsorganisationen, von jedem von uns, von der Bundesregierung.

Entscheidend ist, wie die Ziele umgesetzt werden. Es beginnt damit, den Menschen, die benachteiligt sind, richtig zuzuhören. Sie brauchen Zugang zu wichtigen Informationen. Sie müssen an Entscheidungen, die ihr Leben betreffen, aktiv beteiligt sein. Für die Märkte sind faire Bedingungen zu schaffen. Und es kommt darauf an, mit ganz konkreten Schritten anzufangen – denn dies setzt häufig eine Spirale der positiven Veränderung in Gang.

Die internationale Agenda beinhaltet leider nur sehr rudimentäre Friedensziele. „Alle Formen

der Gewalt überall deutlich verringern“ und der Erwerb von „Kenntnissen und Qualifikationen“ aller Lernenden „für eine Kultur des Friedens und der Gewaltlosigkeit“ sind als Zielvorgaben benannt. Doch ebenso sind die Förderung von Empathie zwischen den Menschen unabdingbar, die Lösung von Konflikten mit kreativeren Mitteln als Gewalt, die Heilung von Traumata, die Umrüstung der Armeen ausschließlich zu Verteidigungszwecken, die Überwindung jeglicher Rechtfertigung von Gewalt.

Es gibt unglaublich viel Spielraum für Verbesserungen. Da das Thema „Ziele nachhaltiger Entwicklung“ besondere Relevanz hat, und aus organisatorischen Gründen, erscheint diese NETZ-Zeitschrift als Doppelausgabe. Ich wünsche Ihnen, dass die Lektüre dieser NETZ-Ausgabe Anregungen liefert und Mut macht.

Peter Dietzel

Große Herausforderungen bleiben

Von den Millenniumszielen zur nachhaltigen Entwicklung

Text: Dirk Saam

Die Ziele nachhaltiger Entwicklung (Sustainable Development Goals, SDG) klingen gut. Niemand dürfte sich daran stören, dass bis zum Jahr 2030 kein Mensch mehr Hunger leidet, eine verbesserte Ernährung mit nachhaltiger Landwirtschaft einhergeht und Frauen gleiche Rechte haben. Und gut ist die Absicht, globale Partnerschaften wiederzubeleben und weltweite Wirtschafts-, Finanz- und Handelssysteme so umzustrukturieren, dass alle Bevölkerungsgruppen davon profitieren.

Aber: Im Rahmen der vor 15 Jahren verabschiedeten Millenniumsentwicklungsziele (Millennium Development Goals, MDG) wurde bereits die Absicht geäußert, ökologisch nachhaltig zu handeln und eine globale Partnerschaft zur Entwicklung eines nicht diskriminierenden Handels- und Finanzsystems aufzubauen - einschließlich der Verpflichtung zu verantwortungsbewusster Regierungsführung zur Senkung der Armut.

Was ist also anders an den neuen Zielen? Wie haucht man bisher nicht nachhaltigen, weil lediglich bestimmten Interessen dienenden, globalen Partner-

schaften neues Leben ein? Und was bedeutet all das für Bangladesch?

Das Jahr 2015 ist erreicht - und somit der Zeitpunkt, an dem die im Jahr 2000 beschlossenen MDG der Vereinten Nationen (United Nations, UN) erreicht sein sollten. Zwischen 1990 und 2015 sollte der Anteil der Menschen, die Hunger leiden, halbiert werden. Kinder in der ganzen Welt, Mädchen wie Jungen, sollten Grundschulbildung bekommen und abschließen können. Die Rolle der Frauen sollte gestärkt werden.

Beachtliche Erfolge

In ihrem Abschlussbericht gibt die UN an, dass die Zahl der weltweit in extremer Armut lebenden Menschen zwischen 1990 und 2015 um mehr als die Hälfte gesunken sei - von 1,9 Milliarden auf 836 Millionen. Zugleich konstatiert die Staatengemeinschaft aber, dass Millionen Menschen von diesen Erfolgen ausgeschlossen blieben, insbesondere die ärmsten und jene, die aufgrund ihres Geschlechts, Alters, einer Behinderung, ethnischer Zugehörigkeit oder des Wohnorts benachteiligt sind.

Auch in Bangladesch? Laut Abschlussbericht der Regierung

wird für das Jahr 2015 erwartet, dass 24,8 Prozent der Bevölkerung unter der Armutsgrenze leben. Das entspricht etwa 38 Millionen Menschen. Damit, so der Bericht, habe man das Ziel erreicht, die Anzahl der Menschen, die in Armut leben, zu halbieren. Im Vergleichsjahr 1990 lebten 56,7 Prozent der Bevölkerung unter der Armutsgrenze. Der Bericht gibt weiter an, dass nahezu alle Kinder im schulfähigen Alter eingeschult wurden. Die Anzahl der Mädchen in den Grundschulen übersteigt die der Jungen. Dies wird als wichtiger Schritt zur Gleichberechtigung interpretiert. Zudem hat Bangladesch die Sterblichkeitsraten bei Säuglingen und unter Fünfjährigen signifikant reduziert, den Impfschutz beträchtlich ausgeweitet und die Verbreitung ansteckender Krankheiten stark eingedämmt. Diese Erfolge werden auch international anerkannt.

Große Herausforderungen bleiben allerdings: Noch immer leiden 36 Prozent aller Kinder unter fünf Jahren an Wachstumsstörungen. 26 Millionen Menschen im Land sind extrem arm und nehmen weniger als 1.805 Kilokalorien zu sich, die notwendig sind, um den Tagesbedarf zu decken. Zudem geben zivilgesellschaftliche Organisationen zu bedenken, dass der starke Anstieg der Einschulungsrate bei Mädchen zwar ein wichtiger Indikator für gelingende Gleichberechtigung sei. Die Abbruchquote in den Grund- und weiterführenden Schulen sei bei Mädchen aber deutlich höher als bei Jungen. Zudem gab die UN im Jahr 2014 an, dass 87 Prozent der Frauen in Bangladesch von häuslicher Gewalt und 76 Prozent von sexueller Belästigung betroffen seien. Gewalt

gegen Frauen würde aber nur selten strafrechtlich verfolgt. Auch die Tatsache, dass Frauen kaum Einfluss auf politische Entscheidungsprozesse haben, spricht für

mangelnde Gleichberechtigung. Die 17 SDG und deren insgesamt 169 Unterziele treten ab 1. Januar 2016 in Kraft. Hervorzuheben ist, dass die Ziele für alle Länder gültig und damit auch die Länder des Globalen Nordens in der Pflicht sind: Schutz der Ozeane und Landökosysteme und Schaffung nachhaltiger Konsum- und Produktionsmuster. Entsprechend muss sich die Politik jener Länder auf den Aufbau von Strukturen ausrichten, die globale Gerechtigkeit und menschenwürdige Lebensbedingungen schaffen. Internationale Handels- und Wirtschaftspolitiken dürfen diesem Aufbau nicht entgegenwirken. Dies kann nur durch einen epochalen Umbau und Wandel des gegenwärtig nicht nachhaltigen Produktions- und Konsumverhaltens gelingen.

Gerechte globale Strukturen schaffen

Die SDG-Agenda ist ein Kompromiss, auf den sich die UN-Mitgliedsstaaten verständigt haben. Als solcher ist sie zu begrüßen. Doch zivilgesellschaftliche Akteure weltweit kritisieren an der Agenda vornehmlich, dass genau jene strukturellen Ursachen von Armut und sozialer Ungleichheit, die durch das globale Wirtschafts-, Finanz- und Handelssystem begünstigt werden, nicht ausreichend benannt werden. Es werde nicht deutlich, wie dem Zielkonflikt zwischen Wirtschaftswachstum und der Begrenztheit der natür-



Foto: Sven Wagner

Trotz Erfolgen bei der Armutsbekämpfung: Noch immer leiden 36 Prozent aller Kinder in Bangladesch an Wachstumsstörungen bedingt durch Mangelernährung.

lichen Ressourcen begegnet werden kann. Und wer wird die Umsetzung der SDG finanzieren? Die UN hat jüngst privatwirtschaftliche Investitionen als wichtigen Bestandteil der Entwicklungsfinanzierung hervorgehoben. Diese mögen zwar wichtig sein, haben aber bisher selten den Beweis erbracht, nachhaltig oder armutsmindernd zu sein. Vielmehr müssen bindende ökologische, soziale und menschenrechtliche Standards greifen. Zur kohärenten Umsetzung der Ziele bedarf es starker Institutionen für nachhaltige Entwicklung und einer um-

fassenden Berücksichtigung zivilgesellschaftlicher Sichtweisen. Das Global Policy Forum verweist darauf, dass das Entwicklungsprogramm der UN heute nur noch zu 34 Prozent aus Beitragszahlungen der Mitgliedsstaaten finanziert wird. Den Rest geben vor allem private Stiftungen und Unternehmen. Deren Investitionen und der damit einhergehende Einfluss, so lautet die Kritik, diene aber weniger der Ernährungssicherung armer Bevölkerungsgruppen. Vielmehr trägt beides zu einem positiven Image und der Erschließung neuer Absatzmärkte bei.

Beispielhaft dafür sind die von der G7 und Russland 2012 ins Leben gerufene „Neue Allianz für Ernährungssicherheit“ oder die im Jahr 2013 vom Bundesentwicklungsministerium (BMZ) initiierte „German Food Partnership“ – von Zivilgesellschaften weltweit kritisiert. Projektpartner und Geldgeber dieser Kooperationsformen sind führende Agrar- und Chemiekonzerne wie Monsanto, BASF und Bayer sowie private Stiftungen. Im Rahmen dieser Allianzen verpflichten sich Partnerländer aus dem Globalen Süden zu Reformen, die vor allem private, kommerzielle Investitionen in die Landwirtschaft befördern. Kleinbauernorganisationen und NGOs werden bei den Verhandlungen der Abkommen nicht angemessen einbezogen. Durch die Reformen sind Kleinbauern dem Risiko ausgesetzt, von ihrem Land vertrieben zu werden, weil große Flächen für Investoren ausgewiesen werden. Die Gefahren, die mit der Abhängigkeit von Konzernen und ihren Produkten wie Industriesaatgut und Pestiziden verbunden sind, blendet man aus. Stattdessen bekom-

men Konzerne Unterstützung, sich auf diesen neuen Märkten für ihre Produkte festzusetzen.

Wenn also Agrarkonzerne oder interessensgesteuerte private Stiftungen die Ausrichtung von Entwicklungszusammenarbeit bestimmen, bleiben emanzipatorische Entwicklungsansätze, die die Bedürfnisse armer Bevölkerungsgruppen in den Mittelpunkt stellen, Makulatur. Die Ziele der SDG-Agenda, eine neue globale Partnerschaft zu schaffen, die Ungleichheiten beseitigt, drohen so konterkariert zu werden.

Zunehmend autoritäre Tendenzen

Das bangladeschische Netzwerk People's Forum on MDG in Bangladesh (PFM) benannte im Zuge von Konsultationen zur Erstellung der SDG-Agenda einen zentralen Kritikpunkt an den auslaufenden MDG: Lediglich die Symptome von Armut und Unterentwicklung seien bekämpft worden, die tieferliegenden Gründe aber blieben ignoriert. Es habe ein Ansatz gefehlt, der gezielt auf die Verwirklichung und Durchsetzung von Rechten und die Veränderung diskriminierender Machtstrukturen hinwirkt. Die SDG-Agenda müsse daher die Anerkennung der Menschenrechte, die Gleichheit der Geschlechter, den Zugang zu Rechtsstaatlichkeit und die gezielte Stärkung der Ärmsten, als existenzielle Grundlage für jede Entwicklungsstrategie berücksichtigen, die nachhaltig wirken soll. Zudem müsse sie die vielschichtigen Zusammenhänge, die sich auf das individuelle Wohlergehen auswirken, anerkennen und ver-

stehen, dass ökonomischer Fortschritt nicht zur Beseitigung von Ungleichheit, Diskriminierung und Exklusion beiträgt.

Während die SDG auf dem Papier diese Sichtweisen weitgehend berücksichtigen, scheint deren Umsetzung ungleich schwieriger. Das Netzwerk PFM führte bereits 2013 an, dass das Erreichen der SDG mit dem politischen Willen staatlicher Entscheidungsträger auf nationaler und internationaler Ebene stehe und falle. Daher bedarf es wirksamer Überprüfungsmechanismen, die Zivilgesellschaft muss einbezogen werden.

Der Wirtschaftswissenschaftler und Aktivist Anu Muhammad zeigte sich in diesem Kontext im Oktober 2015 besorgt, dass die staatlichen Anstrengungen, Bangladesch bis 2021 zu einem Land mit mittleren Einkommen zu machen, in den kommenden Jahren sehr einseitig auf Wirtschaftswachstum fokussiert sein werden. Um dieses Wachstum zu erreichen, ist die Regierung offenbar bereit, demokratische Strukturen auszuhebeln – mit Unterstützung internationaler Geldgeber. Zwar ist Bangladesch gegenwärtig nicht Bestandteil der zuvor erwähnten weltweiten Allianzen zur Ernährungssicherheit. Globale privat-öffentliche Partnerschaften, die auf Kosten von Mensch und Umwelt die Entwicklung vorantreiben, sind aber auch in Bangladesch zu finden (s. Interview Seite 19).

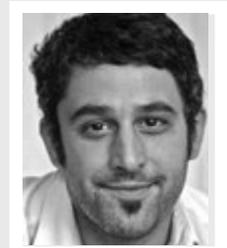
Regierungsvertreter sprechen immer öfter davon, dass Entwicklung und Stabilität Vorrang vor Demokratie haben müssen. Mit dieser Sichtweise werden auch zunehmend autoritäre Tenden-

zen in der eigenen Regierungsführung gerechtfertigt. Stimmen aus Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Politik müssen mit Repressalien rechnen, wenn sie sich kritisch über das bangladeschische Entwicklungsmodell äußern. So wird prognostiziert, dass die aggressive Raubbauökonomie in Bangladesch und der Wettbewerb um natürliche Ressourcen soziale Konflikte schüren werden und dass es – vor allem unter den extrem Armen – viele Verlierer geben wird. Dies würde dem über der SDG-Agenda thronenden Bekenntnis „niemanden zurückzulassen“ deutlich widersprechen.

Mensch in den Mittelpunkt

Grundsätzlich kann sich die bangladeschische Zivilgesellschaft mit den SDG identifizieren. Sie muss aber in ihrer Rolle als Kontrollorgan zur angemessenen Umsetzung der Agenda gestärkt werden, damit ihre kritische Sichtweise Gehör findet und nicht im Zuge von Repressalien untergeht. Zudem müssen Entwicklungsansätze von NGOs in Bangladesch, die den Menschen in den Mittelpunkt stellen, mehr denn je unterstützt werden. Auf diese Weise kann den Tendenzen eines Entwicklungsmodells, das Interessen von Staaten und der Privatwirtschaft bedient, etwas entgegen gesetzt werden.

Dirk Saam ist Leiter des politischen Dialogs von NETZ und Koordinator des Bangladesch-Forums.



„Positive Veränderung muss erkämpft werden“

Hürden bei der Umsetzung der SDG-Agenda

Im Gespräch: Jürgen Maier

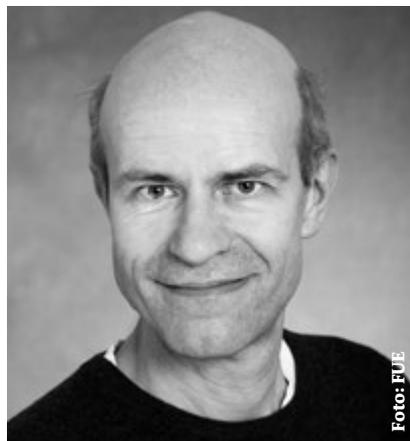
Der Geschäftsführer des Forums Umwelt und Entwicklung in Berlin, erklärt im Gespräch mit NETZ, warum die Ziele nachhaltiger Entwicklung ambitioniert sind, aber die Weltgemeinschaft trotzdem positiv in die Zukunft blicken sollte.

NETZ: Stellen wir uns die Welt im Jahr 2030 vor: keine Armut, kein Hunger, Bildung für alle. Utopisch oder ist das tatsächlich möglich?

Jürgen Maier: Wäre der politische Willen dazu in allen Ländern vorhanden, wäre es prinzipiell möglich. Doch wenn wir realistisch sind, wissen wir: Den Willen gibt es nicht. Realpolitisch gesehen ist das utopisch.

NETZ: Zumindest die Absicht haben die Staats- und Regierungschefs der Vereinten Nationen (United Nations, UN) mit der Verabschiedung der Nachhaltigen Entwicklungsziele (Ziele nachhaltiger Entwicklung, SDG) im September 2015 mehr als deutlich gemacht.

Maier: Es ist wichtig, dass sich die Weltgemeinschaft solche Ziele setzt. Wenn das nicht passiert, sähe die Welt noch



schlechter aus. Dann gäbe es vielleicht noch mehr Armut. Es sind Versprechen, auf die man Regierungen immer wieder sozusagen verhaften kann: Ihr habt das unterschrieben, jetzt sollte es umgesetzt werden.

NETZ: Im Detail betrachtet sind die Ziele zum Teil sehr ambitioniert: Beendigung der Armut, Zugang zu sauberem Trinkwasser und Gesundheitsversorgung für alle. Was muss konkret passieren, um diese Ziele tatsächlich zu erreichen?

Maier: Im Grunde ist längst bekannt, was getan werden muss. Aber es kostet zum Teil erhebliche Summen Geld. Sauberes Wasser für alle – das kann man sich nicht einfach wünschen, dafür muss man sehr viel investie-

ren. Auf der anderen Seite würde es viel Geld einbringen, wenn man umweltschädliche Subventionen abbaut und mit einer ökologischeren Landwirtschaft zum Schutz des Klimas beiträgt. Leider gibt es heutzutage in vielen Ländern eine Politik, in der Themen wie Ökologie und Nachhaltigkeit zwar Bedeutung beigemessen wird und es heißt: Das wollen wir. Daraus werden allerdings nur selten Konsequenzen gezogen. Wir brauchen in vielen Bereichen eine andere Politik, die Aktionen auch umsetzt. Es reicht nicht, wenn eine Regierung eine Abmachung unterschreibt. Positive Veränderung muss in jedem einzelnen Land innenpolitisch erkämpft werden.

NETZ: Zumal die jetzt unterzeichneten Zielvereinbarungen nicht rechtlich bindend sind. Was ist eine solche Vereinbarung dann überhaupt wert?

Maier: Selbst bindende internationale Verträge sind in Wirklichkeit nicht bindend. Das Kyoto-Protokoll beispielsweise war ein völkerrechtlich verbindlicher Vertrag und Kanada ist nach einem Regierungswechsel einfach ausgetreten. Es sind letztendlich Dokumente, deren Umsetzung davon abhängt, dass sich in den jeweiligen Ländern wirksame politische Mehrheiten formieren und diese umsetzen.

NETZ: Selbst wenn es diese Mehrheiten gibt, bleiben Hürden. Ziel 17 beinhaltet die Wiederbelebung der globalen Partnerschaft. Hier gibt es unterschiedliche Akteure mit unterschiedlichen Interessen: Regierungen, Unternehmen, Zivilgesellschaft. Welche Chancen oder auch Gefahren birgt diese Konstellation?

Wasserversorgung für alle - so wie hier in Nilpharmari in Nordbangladesch: Es ist machbar, aber man muss etwas dafür investieren, erklärt Jürgen Maier vom Forum Umwelt und Entwicklung.

Maier: Dieses Ziel ist das unkonkreteste von allen und wird durch die politische Realität sehr häufig konterkariert. Die Europäische Union (EU) betreibt nach wie vor eine sehr kompromisslose Marktöffnungspolitik und zerstört in vielen Fällen die lokale Wirtschaft andernorts. Der Afrikabeauftragte der Bundesregierung, Günter Nooke, sagt selbst, dass die aktuell zur Verhandlung oder zur Ratifizierung anstehenden Freihandelsabkommen der EU mit afrikanischen Ländern vier Jahre Entwicklungszusammenarbeit zunichtemachen werden. Es müssen Kompromisse her, anstatt anderen zu diktieren, was richtige Handelspolitik sei.

Aktuell ist der Multilateralismus in der Krise. Statt Kooperationen dominieren Konfrontationen die weltpolitische Lage. Unter der Voraussetzung ist die bloße Tatsache, dass sich 190 Länder überhaupt auf die 17 Ziele und 169 Unterziele einigen konnten, ein positives Zeichen. Die Diskussion um die SGD hat schon sehr viel in Sachen neue weltweite Partnerschaft bewegt – vor allem unter der globalen Zivilgesellschaft.

NETZ: Sprechen aber die vielen aktuellen Konflikte weltweit nicht eher gegen eine positive Entwicklung? In Syrien, Irak oder der Ukraine verfolgen Staaten offen oder verdeckt teils gewaltsam ihre Interessen. Wieso soll man daran glauben, dass alle zusammenarbeiten werden, um bis 2030 die SDG-Agenda zu erfüllen?



Foto: Lisa Simonis

Maier: Selbstverständlich ziehen nicht alle an einem Strang. Nicht mal die Europäer tun das in vielen Bereichen, sondern bieten nur faule Kompromisse. Aber: Es gibt nichts Gutes, außer man tut es. Wenn Staaten beispielsweise in der Syrienfrage gegensätzliche Interessen haben, aber in anderen Bereichen plötzlich anfangen zu kooperieren, dann hat das Folgewirkungen: Die USA verhandeln erst ein Atomabkommen mit Iran und schon wenige Monate später reden beide nun auch in anderen Fragen miteinander.

NETZ: Seit einigen Jahren gibt es privat-öffentliche Kooperationen, die sich „Neue Allianz für Ernährungssicherheit“ oder „German Food Partnership“ (GFP) nennen. Hier werden Abkommen mit Partnerländern geschlossen, um die Verbreitung industrieller Agrarmodelle zu fördern. Großkonzerne wie Bayer oder Monsanto erobern dadurch neue Absatzmärkte, während lokale, kleinbäuerliche Betriebe zerstört werden. Private Stiftungen, wie die des Multimillionärs und Unternehmers Bill Gates, tragen

zur Finanzierung bei. In Tansania und anderen Teilen Afrikas hat sich dagegen zivilgesellschaftlicher Protest formiert. Konterkariert diese Art von Entwicklungszusammenarbeit nicht die SDG und den „Von-unten-nach-oben-Ansatz“?

Maier: Konzerne kapern die Entwicklungszusammenarbeit und ihr Handeln wirkt gleich viel positiver. Sie kommen sozusagen karitativ daher, während die Ziele egoistische bleiben. Eine Entwicklungszusammenarbeit, die Konditionen von Konzernen akzeptiert, anstatt selbst zu sagen, wo es langgeht, ist falsch. Zwar ist es in anderen Ländern mitunter extremer, aber auch Deutschland ist davor nicht gefeit. Unter dem ehemaligen Entwicklungsminister Dirk Niebel hat das im großen Stil angefangen und Nachfolger Gerd Müller hat sich noch nicht wirklich davon verabschiedet. Er muss es aber tun. Wenn für die Entwicklungszusammenarbeit Geld fehlt und diese glaubt, sie müsse bei Konzernen hausieren gehen, sollte man doch einfach die Unternehmenssteuer

erhöhen. Bill Gates hat doch deswegen so viel Geld, weil er nicht anständig besteuert wurde.

NETZ: Zielkonflikte drohen ebenso im Bereich Wachstum und Umwelt. In Entwicklungsländern und Schwellenländern ruinieren Wirtschaftswachstum versprechende Großprojekte die Umwelt. Wie kann das im Rahmen der SDG gelöst werden?

Maier: Jeder bekennt sich mehr oder weniger leichtfertig zu Wachstum – egal, wie es zustande kommt – und am Ende freut man sich, wenn das Bruttoinlandsprodukt steigt. Doch Länder, in denen Wachstumsraten im fast schon zweistelligen Bereich herrschen, bekommen Umweltprobleme infolge der Raubbauökonomie: Bodenressourcen erodieren, Rohstoffe werden abgebaggert. Das geht nicht auf Dauer. Natürlich braucht man Wachstum, um Armut zu bekämpfen. Aber es kann nicht einfach unqualifiziert jede Art von Wachstum gutgeheißen werden. Auch in den Industrieländern muss man sich von dem Gedanken verabschieden, dass ständig noch mehr produziert und konsumiert werden muss. Dafür reicht die Tragfähigkeit der Erde nicht aus.

NETZ: Daran schließt das Thema Klimawandel an – Bangladesch ist eines der am meisten betroffenen Länder. Versuche, den Klimawandel einzudämmen, scheitern immer wieder an schwachen Ergebnissen im Rahmen der großen Klimakonferenzen. Warum soll sich das jetzt mit der Einführung der SDG ändern?

Maier: Es ändert sich nichts durch die SDG, weil diese lediglich auf den UN-Klimaprozess

verweisen. Selbst von der kommenden UN-Klima-Konferenz ist zu erwarten, dass die Ergebnisse nicht ausreichen werden, um den Klimawandel zu stoppen. Hoffnung macht mir aber die Tatsache, dass es heute weltweit Investitionen in erneuerbare Energien gibt und Konzerne der fossilen Energien rote Zahlen schreiben. Sie verfügen längst nicht mehr über die politische Macht von einst, mit der sie innenpolitische Klimaschutzmaßnahmen torpedieren konnten. Ich wage die Behauptung: Beim Konflikt um Energiegewinnung setzen sich überall die Erneuerbaren durch. In einem Land schneller, im anderen langsamer. Aber die Entwicklung in diese Richtung ist nicht mehr zu stoppen.

NETZ: Die SDG-Agenda ist kein Zielkatalog, der rein darauf abzielt, Länder im Globalen Süden zu unterstützen. Die Industrieländer sind nun auch in der Verantwortung. Ist das ein Weg, die wertende und stigmatisierende Einteilung der Welt in entwickelt und unterentwickelt aufzulösen?

Maier: Absolut. Ich finde es diesbezüglich sehr spannend, wie die Diskussion über die Umsetzung der SDG gerade in Deutschland geführt wird. Denn unter ökologischen Gesichtspunkten ist Deutschland ein viel größeres Problem für die Welt als beispielsweise Bangladesch – gemessen allein am ökologischen Fußabdruck. Es gibt diesbezüglich in Deutschland also viel mehr zu tun als in Bangladesch. Und selbst in Sachen Armutsbekämpfung gibt es Handlungsbedarf: Die Altersarmut ist für 2030 vorprogrammiert durch Minijobber und alle, die keine anständige Rente bekommen werden. In

Deutschland geht die Schere der Einkommen auseinander, die Abhängigkeit vom sozialen Status für eine gute Bildung ist höher als in jedem anderen Land Europas.

NETZ: Warum sollten wir ausgerüstet mit den SDG dennoch positiv in die Zukunft blicken und daran glauben, dass wir sie verwirklichen?

Maier: Die SDG sind ein Instrument unter vielen und viele Leute setzen sich tagtäglich für die Verwirklichung ein – ohne es zu wissen. Vor ein paar Wochen gingen eine Viertelmillion Menschen auf die Straßen Berlins, um gegen TTIP zu protestieren. Diese Leute haben in Wirklichkeit für die SDG demonstriert, weil sie eine Politik fordern, die im öffentlichen Interesse reguliert. Wenn im Januar 2016 wieder 50.000 Menschen auf die Straße gehen für eine veränderte Landwirtschaftspolitik, werden sie nicht mit Transparenten herumlaufen, auf denen steht: Für die Verwirklichung von SDG 2 – Bekämpfung des Hungers. Aber in Wirklichkeit kämpfen diese Menschen für eine Agrar- und Landwirtschaftspolitik, die die SDG voranbringt. Deswegen bin ich optimistisch.

NETZ: Vielen Dank für das Gespräch.

Interview: Dirk Saam
Mitarbeit: Juliane Rytz

Das Forum Umwelt und Entwicklung wurde 1992 gegründet und koordiniert die Zusammenarbeit von Umwelt- und Entwicklungsorganisationen, die sich für eine nachhaltige Entwicklung engagieren.

Die 17 Ziele nachhaltiger Entwicklung

Am 25. September 2015 haben die Staats- und Regierungschefs der UN im Rahmen ihrer Generalversammlung in New York die Ziele nachhaltiger Entwicklung (Sustainable Development Goals, SDG) verabschiedet. Sie lösen die Millenniums-Entwicklungsagenda ab. Mit den SDG will die UN bis zum Jahr 2030 weltweite Herausforderungen wie Armut, soziale Ungleichheit, übermäßigen Ressourcenverbrauch und den Klimawandel bewältigen. Im Zentrum der 2030-Agenda stehen 17 Ziele für eine nachhaltige Entwicklung, die den Staaten in den kommenden 15 Jahren als Handlungsrahmen dienen sollen. Alle SDG im Überblick und ausgewählte Ziele in der Analyse.

Zusammengestellt von Dirk Saam, Philip Paulukat, Zakir Hossain und Sven Wagner

1. Armut in jeder Form und überall beenden

- **Extreme Armut (weniger als 1,25 Dollar am Tag zum Leben) überall beenden**
- **Den Anteil an Menschen aller Altersgruppen, die nach nationalen Definitionen in Armut leben, halbieren**
- **Angemessene Sozialsicherungssysteme für alle, Absicherung der Armen und Schutzlosen**
- **Recht auf Ressourcen und Zugang zu Grundversorgung sowie Teilhabe und Verfügung über Land und andere Besitzformen für alle Männer und Frauen, insbesondere arme und schutzlose**

Laut Weltbank wurde der Anteil der Bevölkerung Bangladeschs, die weniger als den zugrundegelegten Referenzbetrag von 1,25 US-Dollar täglich pro Kopf zur Verfügung hat, im Zeitraum von 1990 bis 2010 von 70 auf 43 Prozent gesenkt. Für 2015 wird erwartet, dass die Armut im Vergleich zu 1990 halbiert wurde. Nach UN-Definition leben gegenwärtig 38 Millionen Menschen in Bangladesch in Armut, 26 Millionen davon gelten als extrem arm. Im November 2015 hat das Land seine neue Strategie vorgestellt, um das soziale Sicherungssystem effektiver, weitreichender und weniger missbrauchsanfällig zu machen. Es wird erwartet, dass die Strategie die extreme Armut weiter reduziert.

Trotz dieser Erfolge und Erwartungen bleiben große Herausforderungen bestehen. Bis 2030 gilt es, vor allem strukturelle Ursachen von Armut zu bekämpfen.



Foto: Asim Kumar Roy

„Gleichbehandlung ist essenziell“ – Mini Singh mit Sohn Uday

Die Kleinbäuerin **Mini Singh** aus dem Dorf Kujishahor im Westen Bangladeschs beschreibt aus eigener Erfahrung, welchen Herausforderungen Bangladesch aktuell noch gegenübersteht: „Arme Menschen haben keinen Zugang zu Rechten, die ihnen zustehen. Im Vergleich zu anderen Teilen der Gesellschaft sind wir benachteiligt, genießen keine gleichen Chancen. Das ist der Grund dafür, dass die Armen immer noch arm sind. Sie bekommen für ihre Arbeit keine fairen Löhne – besonders Frauen sind benachteiligt.“ Die 33-Jährige erklärt weiter: „Arme haben nicht den gleichen Zugang zu Leistungen verschiedener Regierungsbehörden wie jene Menschen, die besser ausgebildet sind oder viel Geld haben. Nur wer Beamten oder deren Mitarbeitern etwas anbieten kann,

kommt problemlos an Leistungen. Wir haben wenig Geld und keine Ausbildung. Wir können es uns schon gar nicht leisten, staatliche Verpflichtungen einzuklagen. Das Ergebnis: Arme Menschen verlieren ihre Hoffnung und werden noch ärmer.“ Mini Singh erklärt, dass zunächst Gleichbehandlung essenziell sei. Die Regierung müsse mehr Jobs für Arme schaffen: „Wenn arme Menschen Arbeitsplätze bekommen, können sie ihre Situation verbessern.“

2. Hunger beenden, Ernährungs-sicherheit und bessere Ernährung erreichen

- **Ganzjähriger Zugang aller Menschen zu sicheren, nahrhaften Lebensmitteln, insbesondere arme, bedürftige Menschen und Kleinkinder**
- **Alle Formen von Mangelernährung beenden, Ernährung der unter Fünfjährigen sichern und den Nährstoffbedarf heranwachsender Mädchen, schwangerer und stillender Frauen sowie älterer Menschen decken**



„Wenn es keine Arbeit gibt, hungern wir“ – Rokeya Begum

Laut offiziellen Angaben leben im Jahr 2015 in Bangladesch 26 Millionen Menschen, die pro Tag weniger als 1.805 Kilokalorien zu sich nehmen – die für Bangladesch definierte Mindestmenge, die den Tagesbedarf deckt. Damit hat Bangladesch die Zahl deutlich reduziert, konnte aber in den vergangenen 15 Jahren den Anteil der Menschen, die weniger als diese Menge pro Tag zu sich nehmen, nicht halbieren. Im Jahr 2014 waren rund 33 Prozent aller Kinder unter fünf Jahren untergewichtig, 36 Prozent waren im Wachstum gestört. Dieser Anteil ist zwar noch immer hoch, laut offiziellen Angaben bedeutet das aber gleichzeitig die Halbierung des Anteils seit 1990. Auch zivilgesellschaftliche Organisationen erklären, dass inzwischen

mehr Menschen in Bangladesch täglich zwei Mahlzeiten statt einer oder gar keiner zu sich nehmen. Sie mahnen aber zugleich, dass der Speiseplan vieler Menschen lediglich von Brot und Reis bestimmt wird und es nur selten proteinreiche Nahrung gibt. Dies habe nach wie vor massive Folgen auf die Gesundheit – vor allem bei Kindern unter zwei Jahren. Deren kognitive Fähigkeiten können sich dadurch nicht entwickeln und irreparable physische Schäden drohen.

Rokeya Begum aus dem Dorf Dondonpur verleiht diesen Einschätzungen Nachdruck: „Da wir arm sind, können wir uns nicht genügend Essen für unsere Kinder und uns selbst leisten. Wenn es für mich und meinen Mann keine Arbeit gibt, hungern wir über län-

gere Zeit.“ Die Mutter von sechs Kindern fügt hinzu: „Wir können sieben oder acht Monate im Jahr als Tagelöhner in der Landwirtschaft oder in Nachbarhaushalten arbeiten. Dann gibt es einigermaßen genug zu essen. Aber in den anderen Monaten haben wir mit Hunger zu kämpfen. Wenn ich und mein Mann Dulal reguläre Arbeit bekämen, würde uns das sehr helfen, unsere regelmäßigen Ausgaben zu decken. Denn abgesehen von Essen haben wir weitere Bedürfnisse, wie jeder andere: Kleidung oder Bildung für unsere Kinder. Wir leben unter schlechten Bedingungen auf Land, das uns die Regierung zur Verfügung stellt und können nicht all unsere Bedürfnisse das ganze Jahr über abdecken.“

3. Gesundes Leben und Wohlergehen für alle Menschen



Foto: Sven Wagner

- **Weltweite Müttersterblichkeitsrate auf weniger als 70 pro 100.000 Lebendgeburten senken**
- **Vermeidbare Sterbefälle von Säuglingen und Kindern unter fünf Jahren stoppen, Säuglingssterblichkeit auf 12 pro 1.000 Lebendgeburten reduzieren und Sterblichkeitsrate Unter-Fünfjähriger auf 25 pro 1000 Lebendgeburten senken**

Bangladesch hat nach wie vor eine hohe Müttersterblichkeitsrate. Jüngste Erhebungen geben an, dass im Jahr 2014 zwischen

170 und 197 Mütter pro 100.000 Lebendgeburten gestorben sind. Dies ist eine deutliche Reduzierung im Vergleich zum Jahr 1990 (574). Das anvisierte Ziel, diese Zahl im Jahr 2015 auf 143 zu reduzieren, ist aber noch nicht erreicht. Als Hauptursache für Müttersterblichkeit gelten starke Blutungen und Krampfanfälle während der Geburten. NGOs weisen darauf hin, dass häusliche Gewalt sowie ein Mangel an professionellen Hebammen in ländlichen Gebieten ebenfalls für die Müttersterblichkeit verantwortlich seien. Während laut Regierung bei mittlerweile rund 40 Prozent aller Geburten professionelle Hebammen zum Einsatz kommen (im Vergleich zu 5 Pro-

zent im Jahr 1990) sehen Organisationen Nachholbedarf bei der Einführung von Rechtsschulungen für Frauen, damit diese sich gegen Gewalt und Kinder-Ehen wehren können.

Die Sterblichkeitsrate von Kindern unter fünf Jahren hat Bangladesch erfolgreich gesenkt. Die Vereinten Nationen erkennen den Rückgang der Kindersterblichkeit an, sehen es aber als große Herausforderung, Rahmenbedingungen für eine flächendeckende Versorgung von Kleinkindern mit nährstoffreicher Nahrung zu schaffen. Die Sterblichkeitsrate bei Säuglingen bis 24 Monate ist allerdings noch hoch. 2014 starben im Verhältnis bei 1.000 Geburten 38 Babys.

4. Nachhaltige Wasserwirtschaft, Wasser- und Sanitärversorgung für alle



Foto: MUSA

- **Universeller, gleichberechtigter Zugang zu sicheren und bezahlbaren Trinkwasserquellen für alle**
- **Angemessener, gleichberechtigter Zugang zu sanitärer und hygienischer Grundversorgung für alle unter besonderer Rücksichtnahme auf die Bedürfnisse von Frauen, Mädchen und Menschen in bedürftiger Lage**

5. Inklusive, gerechte und hochwertige Möglichkeiten des lebenslangen

- **Freie, gleichberechtigte und qualitativ angemessene Grund- und Sekundarschulbildung für alle Mädchen und Jungen**
- **Förderung frühkindlicher Entwicklung, Betreuung und Vorschulbildung für alle Mädchen und Jungen**
- **Geschlechterdiskriminierung im Bildungsbereich abschaffen, gleichberechtigten Zugang zu allen Bildungsebenen einschließlich Berufsausbildung für Bedürftige, Indigene, Menschen mit Behinderung und schutzbedürftige Kinder**
- **Alle Lernenden erlangen Wissen und Fähigkeiten zur Förderung nachhaltiger Entwicklung, durch Unterricht in nachhaltiger Entwicklung und nachhaltiger Lebensweise, für Menschenrechte, Geschlechtergleichheit, Förderung von Friedenskultur und Gewaltfreiheit, Weltbürgerschaft und Wertschätzung kultureller Vielfalt und des Beitrags von Kultur zu nachhaltiger Entwicklung**
- **Bau und Verbesserung von Bildungseinrichtungen, die kinder-, behinderten- und geschlechtergerecht sind und ein sicheres, gewaltfreies, inklusives und effektives Lernumfeld für alle bieten**

Das Ziel, bis 2015 alle Kinder im grundschulfähigen Alter einzuschulen, hat Bangladesch laut Regierungsangaben fast erreicht. Im Jahr 2014 lag die Quote bei 97 Prozent, bei ausgeglichenem Verhältnis von Mädchen und Jungen. Aber: Die Zahl der Schulabbrüche ist sehr hoch. Laut Regierung haben im vergangenen Jahr nur 80 Prozent aller eingeschulter Kinder die fünf Grundschuljahre absolviert. NGOs gehen davon aus, dass fast jedes zweite Kind die Schule vor Abschluss der 5. Klasse wieder verlässt. Vor allem Kinder aus Familien, die extrem arm sind, oder Minderheitengruppen angehören, sind vom staatlichen und nichtstaatlichen Bildungssektor ausgeschlossen. Ihr Recht auf Bildung bleibt ihnen verwehrt.

Laut UN haben mindestens 2,6 Millionen Mädchen und Jungen überhaupt keinen Zugang zu Grundbildung. Das vertieft die soziale und wirtschaftliche Spaltung im Land. Die Qualität von Bildung in staatlichen Schulen muss deutlich verbessert werden - mit wertebasierten Bildungsinstrumenten. Kinder sollten ein Bewusstsein dafür entwickeln, dass Bürger aktiv an Entscheidungsprozessen - beispielsweise in ihrer Dorfgemeinschaft - teilhaben können. Geschlechtergerechtes Denken und Handeln zu fördern, gehört ebenso dazu wie die Stärkung der kulturellen Identität bei Kindern, Verständnis und Respekt für Menschen anderer Religionen, Ethnien, mit unterschiedlichen sexuellen Orientierungen und verschiedenen physischen Fähigkeiten. Des Weiteren muss die Solidarität mit und unter Menschen benachteiligter Gruppen gestärkt werden und diese sollten bei Gesellschaftsfragen einbezogen werden.

wertige Bildung gewährleisten und
das Lernen für alle fördern



6. Geschlechtergerechtigkeit und alle Frauen und Mädchen erre

- **Alle Formen der Diskriminierung von Frauen und Mädchen überall beenden**
- **Alle Formen von Gewalt gegen Frauen und Mädchen im öffentlichen und privaten Raum abschaffen, einschließlich Menschenhandel, sexueller und anderer Formen von Ausbeutung**
- **Alle schädigenden Praktiken wie Kinder-, Früh- und Zwangsehe sowie Genitalverstümmelung abschaffen**
- **Vollumfängliche und wirksame Beteiligung von Frauen sowie gleichberechtigte Möglichkeiten in Führungs- und Entscheidungsprozessen im politischen, wirtschaftlichen und öffentlichen Leben sichern**

Selbstbestimmung für Frauen

Durch den sozio-ökonomischen Wandel in Bangladesch sind immer mehr Frauen in wirtschaftliche, soziale und politische Aktivitäten außerhalb ihres Zuhauses eingebunden. Dies ist ein wichtiger Schritt zur Gleichberechtigung, für den es aber noch an staatlicher Unterstützung und gesellschaftlicher Akzeptanz fehlt. So schlägt sich das ausgeglichene Geschlechterverhältnis bei den Einschulungsraten in den Grund- und weiterführenden Schulen nicht auf dem formalen Arbeitsmarkt nieder. Das Ziel, bis 2015 die Hälfte aller erwerbsfähigen Frauen in Angestelltenverhältnisse im nicht-landwirt-

schaftlichen Bereich zu bringen, wurde deutlich verfehlt. Zudem besteht das Parlament seit 2014 nur zu einem Fünftel aus Frauen – obwohl anvisiert war, dass mindestens ein Drittel der Abgeordneten Frauen sein sollten.

Frauen wird immer noch ein untergeordneter Status zugeschrieben, oft werden sie im Familienkreis und innerhalb der Gesellschaft diskriminiert oder sind ihrer Rechte und Ansprüche beraubt. 87 Prozent aller Frauen erfahren häusliche Gewalt, die Hälfte aller Opfer benötigt medizinische Hilfe. Bangladesch hat die weltweit höchste Rate an Kinderehen – 66 Prozent aller Mäd-

chen werden vor dem 18. Lebensjahr verheiratet, fast die Hälfte von ihnen sogar vor dem 15.

Laut der Sonderberichterstatte-
rin der Vereinten Nationen zu Gewalt gegen Frauen untergraben politische und gesellschaftliche Konfrontationen in Bangladesch bisherige Erfolge der Frauenrechtsbewegung. Dies führt zu einer unzureichenden Umsetzung progressiver Gesetze. Frauen haben einen schwierigeren Zugang zum Arbeitsmarkt, verdienen weniger, sind beispielsweise beim Erbe rechtlich benachteiligt sowie beim Zugang zu staatlichen Dienstleistungen und der Durchsetzung ihrer Menschenrechte.

Frauenrechtsverteidigerin **Jannatul Marwa Sharna** aus Bakharnagar erklärt, dass Frauen in der Gesellschaft Bangladeschs systematisch diskriminiert sind. „Es beginnt schon im eigenen Haushalt“, sagt die Vorsitzende der lokalen Frauenrechtsgruppe. „Frauen werden im Gegensatz zu Männern schon in jungen Jahren vom Sozialleben ausgeschlossen. Bewegungsfreiheit, Zugang zu Gesundheitsversorgung, Kultur und Sport oder auch Finanzen zu Hause – überall haben Frauen keinen oder nur eingeschränkten Zugang.“

Die Frauenrechtsverteidigerin bringt ein weiteres grundlegendes Problem auf den Punkt:



Foto: Research Initiatives, Bangladesh

„Aufgrund von Vorurteilen auch bedingt durch religiöse Dogmen werden Frauen und ihre Probleme nicht gehört. Wenn eine Frau verheiratet wird, obliegt sie dem Mann. Viele Beispiele zeigen, dass Ehefrauen missbraucht

und ausgebeutet werden. Wollen sie Hilfe von lokalen Entscheidungsträgern, etwa Gemeinderatsmitgliedern, werden sie mitunter von diesen sogar verspottet.“

Jannatul Marwa Sharna geht davon aus, dass das Ziel, absolute Geschlechtergerechtigkeit zu erlangen, nicht erreicht werden kann. Aber: „Zumindest die Absichten und Vorhaben dazu sind gut.“ Der Aktivistin zufolge muss die Gleichberechtigung in vielen verschiedenen Bereichen umgesetzt werden, vor allem bei der Gesetzgebung und im Bildungsbereich. „Das kann nur geschehen, wenn Männer ihre Einstellung verändern.“

7. Zugang zu bezahlbarer, verlässlicher, nachhaltiger und zeitgemäßer Energie für alle

8. Ozeane, Meere und Meeresressourcen im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung erhalten und nutzen

■ **Effektive Regulierung der Fischerei**

■ **Beenden der Überfischung und des illegalen, unregulierten Fischens sowie von zerstörerischen Fischereipraktiken**

■ **Wissenschaftsgestützte Pläne zur Wiederherstellung von Fischbeständen schnellstmöglich durchführen**

9. Landökosysteme schützen und wiederherstellen, Wälder nachhaltig bewirtschaften, Wüstenbildung bekämpfen, Bodenverschlechterung und Biodiversitätsverlust stoppen

■ **Nachhaltige Pflege aller Arten von Wäldern umsetzen, Abholzen aufhalten, weltweit deutliche Aufforstung erreichen**

■ **Dringend aktiv werden, um die Zerstörung von natürlichem Lebensraum zu reduzieren, den Verlust von Biodiversität aufzuhalten und das Aussterben bedrohter Arten zu vermeiden**

Bangladeschs Regierungen versuchen seit Jahren, neue Energiequellen zu erschließen. Sie befürchten negative Auswirkungen auf die wirtschaftliche Produktivität wenn beispielsweise der reibungslose Ablauf in der stetig wachsenden Textilindustrie nicht gewährleistet ist. Auch in ländlichen Regionen steigt die Energienachfrage aufgrund modernisierter Agrartechnik und wachsender nicht-landwirtschaftlicher Industriezweige. Wie kann das Land seinen Hunger nach Energie stillen, ohne die Natur zu zerstören und Menschen die Lebensgrundlage zu entziehen?

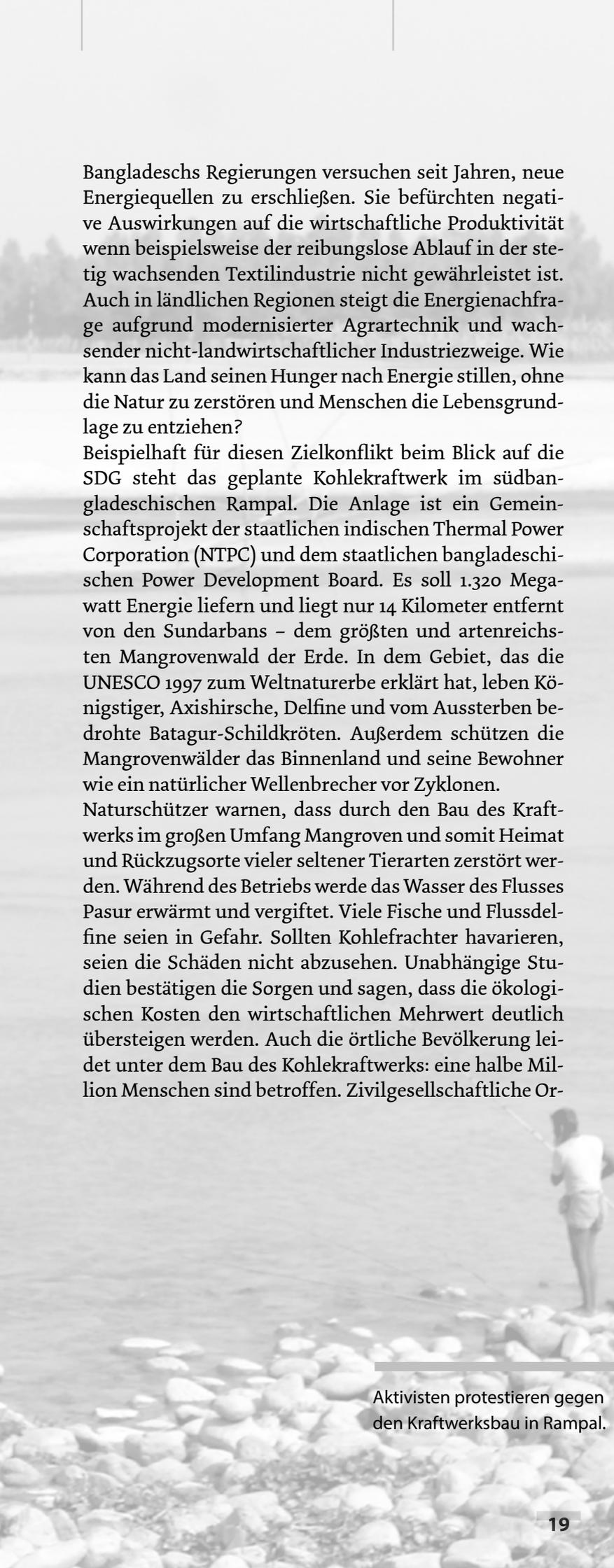
Beispielhaft für diesen Zielkonflikt beim Blick auf die SDG steht das geplante Kohlekraftwerk im südbangladeschischen Rampal. Die Anlage ist ein Gemeinschaftsprojekt der staatlichen indischen Thermal Power Corporation (NTPC) und dem staatlichen bangladeschischen Power Development Board. Es soll 1.320 Megawatt Energie liefern und liegt nur 14 Kilometer entfernt von den Sundarbans – dem größten und artenreichsten Mangrovenwald der Erde. In dem Gebiet, das die UNESCO 1997 zum Weltnaturerbe erklärt hat, leben Königstiger, Axishirsche, Delfine und vom Aussterben bedrohte Batagur-Schildkröten. Außerdem schützen die Mangrovenwälder das Binnenland und seine Bewohner wie ein natürlicher Wellenbrecher vor Zyklonen.

Naturschützer warnen, dass durch den Bau des Kraftwerks im großen Umfang Mangroven und somit Heimat und Rückzugsorte vieler seltener Tierarten zerstört werden. Während des Betriebs werde das Wasser des Flusses Pasur erwärmt und vergiftet. Viele Fische und Flussdelfine seien in Gefahr. Sollten Kohlefrachter havarieren, seien die Schäden nicht abzusehen. Unabhängige Studien bestätigen die Sorgen und sagen, dass die ökologischen Kosten den wirtschaftlichen Mehrwert deutlich übersteigen werden. Auch die örtliche Bevölkerung leidet unter dem Bau des Kohlekraftwerks: eine halbe Million Menschen sind betroffen. Zivilgesellschaftliche Or-

ganisationen beklagen, Einheimische werden vertrieben und unzureichend entschädigt. Fischern werde die Einkommensquelle geraubt. Naturschutzbewegungen in Bangladesch kritisieren zudem, dass betroffene Bürger und Organisationen nicht angemessen in Entscheidungsprozesse einbezogen wurden. So sei der Bau des Kraftwerks schon beschlossene Sache gewesen, noch bevor überhaupt notwendige Umweltgutachten erstellt wurden. Auf Kritik an jenen Gutachten wurde nicht weiter eingegangen. Die Aktivisten geben zu bedenken, dass Indien mit dem Engagement gegen Umweltauflagen der eigenen Regierung verstoße. Diese sehen vor, dass zwischen Kohlekraftwerken und ökologisch sensiblen Gebieten wie den Sundarbans mindestens 25 Kilometer liegen müssen.

Gegenwärtig suchen die indische und bangladeschische Seite nach weiteren Geldgebern zur Umsetzung des Projektes. Internationale Investoren wie z.B. der Norwegische Pensionsfond haben NTPC wegen der Gefahren für die Umwelt bereits aus ihrem Portfolio gestrichen. NTPC ist Kunde der Deutschen Bank. Diese wurde bereits von deutschen Organisationen aufgefordert, nicht als Geldgeber für das Kraftwerk in Rampal zu fungieren.

Diese Entwicklung ist ein Beispiel für die wiederholt kritisierte widersprüchliche Realität bei der Umsetzung der SDG. Denn der Rampal-Konflikt steht Ziel 17 entgegen. Dieses betont, dass nachhaltige Entwicklung nur mit einer Förderung effektiver öffentlicher und öffentlich-privater Partnerschaften sowie der Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft erreicht werden kann (Seite 25).



Aktivisten protestieren gegen den Kraftwerksbau in Rampal.



10. Dauerhaftes, inklusives Wirtschaftswachstum, Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit für alle

■ Schutz von Arbeiterrechten, Förderung eines sicheren Arbeitsumfelds für alle Arbeiter inklusive Arbeitsmigranten, insbesondere weibliche und jene in prekären Arbeitslagen

Nazma Akhter, Gewerkschaftsführerin und Frauenrechtlerin: „Unabhängig davon wie sich die wirtschaftliche Situation entwickelt, sollte klar sein: Eine kostensparende Produktion, die zu Arbeitsrechtsverletzungen und Gefahren am Arbeitsplatz führt, darf nicht fortgeführt werden. Nach dem Zusammensturz des Rana-Plaza-Gebäudes 2013 haben viele internationale Einkäufer und Produzenten gesagt, sie lassen nicht mehr in solchen Produktionsstätten herstellen. Aber viel hat sich nicht verändert. Die Näherinnen müssen das Spiel weiter mitspielen. Sie bekommen so viel Druck. Es tut weh, das sehen zu müssen.“

Die Kritik von Nazmar Akhter ist nachvollziehbar, auch wenn es seit dem Rana-Plaza-Unglück positive Veränderungen gab. Das vom Bundesentwicklungsministerium initiierte Bündnis für nachhaltige Textilien und internationale Gebäude- und Brandschutzabkommen haben zur Verbesserung der Sicherheit in Textilfabriken beigetragen und Unternehmen in die Verantwortung gesetzt.

Doch es bleiben Herausforderungen entlang der gesamten

Produktionskette: Bangladesch muss die flächendeckende Auszahlung von Mindestlöhnen gewährleisten. Gewerkschaften müssen frei agieren dürfen, denn nur mit deren Kontrollfunktion werden sich Arbeitsbedingungen ändern und strukturelle Ursachen von Arbeitsrechtsverletzungen und Ausbeutung ändern.

Eine neue Studie der Kampagne für Saubere Kleidung und weiterer Arbeitsrechtsorganisationen zeigt, dass Maßnahmen des schwedischen Modekonzerns H&M zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen in Bangladeschs Textilfabriken weit hinter den Vorgaben zurückbleiben, die im Rahmen eines 2013 in Kraft getretenen Gebäude- und Brandschutzabkommens vereinbart wurden. So soll lediglich die Hälfte der Maßnahmen umgesetzt worden sein. Laut Studie wurden bei 32 Zulieferfabriken zahlreiche Mängel bei der baulichen und elektrischen Sicherheit sowie beim Brandschutz festgestellt. Erschwerend kommt hinzu, dass einige Fabriken Sonderpartnerschaften bei H&M innehaben, also angeblich besonders hohen Anforderungen gerecht werden.

11. Belastbare Infrastruktur aufbauen, inklusive Industrialisierung und Innovationen unterstützen

■ Qualitative, zuverlässige, nachhaltige und stabile Infrastruktur – regional und grenzüberschreitend –, um wirtschaftliche Entwicklung und menschlichen Wohlstand zu unterstützen mit Fokus auf bezahlbarem und gleichberechtigtem Zugang für alle



12. Ungleichheit innerhalb von und zwischen Staaten verringern

- **Dauerhaftes Einkommenswachstum der unteren 40 Prozent der Bevölkerung erreichen, zu einem Anteil, der höher als der nationale Durchschnitt ist**
- **Soziale, wirtschaftliche und politische Inklusion aller fördern – unabhängig von Alter, Geschlecht, Behinderung, Rasse, Ethnie, Herkunft, religiösem, wirtschaftlichem oder sonstigem Status**
- **Chancengleichheit sicherstellen und Ungleichheiten reduzieren, durch Abschaffung diskriminierender Gesetze, Strategien und Praktiken abschaffen und stattdessen angemessene Gesetzgebung, Strategien und Handlungen fördern**

Ungleichheit ist die Grundlage zahlreicher Konflikte in Bangladesch. Zwar hat sich der Staat im Rahmen zahlreicher Richtlinien, Gesetze und Strategien dazu verpflichtet, zum Abbau von Ungleichheit beizutragen. So sollen etwa Menschen mit Land und anderen Produktionsfaktoren ausgestattet werden und verbesserten Zugang zu sozialen Dienstleistungen bekommen. Doch diesem Anspruch kommt der Staat nur bedingt nach. Und Bangladeschs Strategie des unbedingten Wachstums, um das Land bis 2021 zu einem Land mittleren Einkommens zu transformieren - der Schritt vom Entwicklungs- zum Schwellenland - birgt viele Risiken für die soziale Gerechtigkeit und den Zusammenhalt innerhalb der Bevölkerung. Die Strategie vermag zwar das Bruttoinlandsprodukt zu steigern. Erfolge gehen aber zu Lasten von Mensch und Umwelt. Soziale Konflikte, vor allem im Rahmen des Wettbewerbs um natürliche Ressourcen, sind prognostiziert. Vor allem Menschen in extremer Armut werden zu den Verlierern gehören.

Frauen, indigene Gruppen und religiöse Minderheiten sind davon besonders betroffen. Adivasis werden von staatlicher Seite nicht als indigene Gruppen anerkannt, was ihnen und anderen religiösen Minderheiten den Zugang zu Rechten und zahlreichen Dienstleistungen sowie zu Märkten und zu politischen Entscheidungsprozessen erschwert. Viele von ihnen leben in extremer Armut und werden immer wieder Opfer von Gewalt und willkürlicher Enteignung. Zunehmend werden natürliche Ressourcen privatisiert. Eliten nutzen die anhaltende politische Instabilität und die schwachen rechtlichen Strukturen oder ihre soziale Stellung aus, um sich Land anzueignen, das Minderheiten und marginalisierten Bevölkerungsgruppen zustünde. Benachteiligte Menschen werden

so um ihre wirtschaftliche Grundlage gebracht. Kritische Stimmen innerhalb von Bangladesch haben es zunehmend schwerer, ihre Standpunkte zu äußern. Durch repressive Gesetzgebungen und Verfahren, werden Handlungsspielräume von NGOs und Medien eingeschränkt - Ungleichheiten zwischen Staat und Gesellschaft zementieren sich und weiten sich aus. Die Zivilgesellschaft ist zunehmend ihrer Rolle beraubt, staatliches Handeln zu kontrollieren. Die Regierung muss sich in ihrem Handeln bis 2030 an dem von ihr 2011 im südkoreanischen Busan ratifizierten Abkommen zur Entwicklungspartnerschaft orientieren. Demzufolge erkennt die Regierung Bangladeschs die wichtige Rolle der Zivilgesellschaft zur Entwicklung des Landes an und erklärt sich bereit, günstige Rahmenbedingungen für Nichtregierungs- und sonstige Menschenrechtsorganisationen zu schaffen.

Während das Land derartigen innenpolitischen Herausforderungen gegenübersteht, muss die internationale Staatengemeinschaft Bangladesch im Sinne von Gleichheit und Gerechtigkeit unterstützen: Arbeitsbedingungen in der Textilindustrie verbessern, internationale Kooperationen zur Ausweitung der Garnelenzucht prüfen, die Landvertreibungen und Verarmung der Landbevölkerung mit sich bringen, oder den durch den Klimawandel bedingten Anstieg des Meeresspiegels stoppen, der fruchtbares Land vernichtet und Tausende Küstenbewohner heimatlos macht. Viele Probleme, die es zu lösen gilt, sind nicht nur hausgemacht, sondern obliegen internationaler Verantwortung.

13. Städte und Siedlungen inklusiv, sicher, widerstandsfähig und nachhaltig machen

- **Zugang zu angemessenem, sicherem und bezahlbarem Wohnraum und Dienstleistungen ermöglichen und die Zustände in Slums verbessern**



14. Für nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster sorgen

- **Weltweite Nahrungsmittelverschwendung pro Kopf im Einzelhandel und auf den Verbraucherebenen halbieren und Nahrungsmittelverluste entlang der Produktions- und Versorgungsketten reduzieren, einschließlich Nachernteverluste**
- **Sichere Handhabung im Umgang mit Chemikalien und Abfällen auf Grundlage internationaler Rahmenvereinbarung erreichen und deren Freisetzung in Luft, Wasser und Erde deutlich reduzieren, um nachteilige Auswirkungen auf Umwelt und menschliche Gesundheit zu minimieren**
- **Abfallproduktion deutlich reduzieren durch Prävention, Reduktion, Recycling und Wiederverwendung**

1.5. Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels und seiner Auswirkungen ergreifen

■ Widerstandsfähigkeit gegen und Anpassungsfähigkeit an klimabedingte Gefahren und Naturkatastrophen in allen Ländern stärken

Aufgrund der geografischen Besonderheiten und wegen des hohen Anteils von Menschen in extremer Armut gerät Bangladesch durch den Klimawandel zusätzlich in Bedrängnis. Dem Land drohen Überflutungen durch den Meeresspiegelanstieg und immer häufiger über die Ufer tretende Flüsse im Landesinneren. Vermehrte Zyklone, der sich verstärkende jährliche Monsunregen und längere Trockenzeiten verschärfen die Situation. Angesichts der dichten Besiedlung mit mehr als 1.000 Einwohnern pro Quadratkilometer ist eine Rückzugsstrategie der Küstenbewohner innerhalb des Landes nicht möglich. Bei einem Meeresspiegelanstieg um einen Meter rechnen Wissenschaftler mit dem Verlust von einem Viertel der Landfläche und der Hälfte aller Reisfelder Bangladeschs. Der Weltklimarat erwartet elf Millionen Klimaflüchtlinge allein in Bangladesch innerhalb der nächsten 20 Jahre. Durch den Klimawandel werden die Wassermassen in der Regenzeit stärker und in der Trockenzeit weniger, dies beschleunigt Erosionsprozesse. Es wird demzufolge nicht nur Flüchtlinge geben, die vor dem Meeresspiegelanstieg weichen, sondern auch jene, deren Land von Flüssen fortgerissen wird.

Durch den Anstieg der Wassertemperatur im Golf von Bengalen wird die Anzahl der Zyklone zunehmen. In Kombination mit dem Meeresspiegelanstieg und dem Verlust natürlicher Barrieren – etwa durch die Abholzung der Sundarbans – werden in Bangladesch zukünftig noch mehr Men-

"Zyklone haben unser Heim zerstört und uns alles genommen. Salzwasser zerstört unsere Böden. Wir sind gezwungen, unser Land bald zu verlassen."

Mansura Begum aus Patharghata

schen von der Zerstörung durch Zyklone betroffen sein. Der Meeresspiegelanstieg führt neben dem Verlust von kostbarem Acker- und Siedlungsland zur Versalzung der Ackerböden. Salzwasser dringt mittlerweile bis zu über 100 Kilometer weit ins Binnenland. Die Versalzung der Böden betrifft inzwischen 500.000 Hektar Land. Durch eine Verringerung der Reisproduktion infolge von Verlust oder Versalzung von Ackerland werden die Ernte-

erträge sinken und die Menschen weniger Arbeit in der Landwirtschaft finden. Die Ernährungssicherheit weiterer Millionen von Menschen ist gefährdet. Um dem entgegenzuwirken und damit Anpassungsmaßnahmen erfolgreich umgesetzt werden können, muss die grundsätzliche und strukturelle Benachteiligung von armen Bevölkerungsgruppen, insbesondere von Kleinbauern, Landlosen, Indigenen und Frauen, beendet werden. Bei der Entwicklung von Strategien zur Anpassung an den Klimawandel genügt es aber nicht, Konzepte vorzulegen. Betroffenen wie Küsten- und Schwemmlandbewohner, Kleinbauern, Landlose, Fischer und indigene Gruppen müssen bei der Ausarbeitung einbezogen werden. Die Zusammenarbeit mit lokalen Sozialbewegungen, Nichtregierungs- und Frauenorganisationen ist essenziell. Denn diese Gruppen haben lokale Adaptionsstrategien erarbeitet und umgesetzt, die es nun zu stärken gilt. Um die Biodiversität zu erhalten, müssen lokale Gemeinschaften an Entscheidungen über die Nutzung von Ressourcen und Schutzgebieten beteiligt werden. Es ist notwendig, deren Verfügungsrechte über die Nutzung von Lebensräumen zu stärken.

16. Friedliche, inklusive Gesellschaften fördern, Zugang zu Justiz für alle, rechenschaftspflichtige Institutionen

■ Alle Formen von Gewalt und damit verbundenen Todesraten überall deutlich reduzieren

Bangladeschs Zivilgesellschaft hat in der Vergangenheit erfolgreich und gewaltfrei demokratische Räume erweitert und ist für Rechte eingetreten. Sie fordert, dass der Staat im Einklang mit Demokratie, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit handelt und die Freiheit der Meinungsäußerung gewährleistet. Der sozio-ökonomische Wandel, innerpolitische Auseinandersetzungen und insbesondere die Vergangenheitsbewältigung sind weitere Herausforderungen, die Bangladesch und seine Menschen auf dem Weg in eine friedliche, rechtsstaatliche und inklusive Zukunft bewältigen müssen.

Um zu erreichen, dass Konflikte, beispielsweise um Ressourcen, friedlich verlaufen und konstruktive Lösungen zur Folge haben, ist es erforderlich, Kompetenzen und Kapazitäten in gewaltfreier Konfliktbearbeitung zu entwickeln – für eine Kultur des gegenseitigen Respekts. Insbesondere zivilgesellschaftliche Akteure und die junge Generation des Landes benötigen Kompetenzen in gewaltfreier Kommunikation, Problemlösung und Teamarbeit. Nur so können Differenzen auch innerhalb der Zivilgesellschaft überwunden werden.

Die juristische Aufarbeitung der Kriegsverbrechen aus dem Unabhängigkeitskrieg 1971 ist ein zentrales Thema – von einem Großteil der Gesellschaft begrüßt aber mit viel Konfliktpotenzial behaftet. In der weitläufigen Meinung findet sich die Sorge, das juristische System Bangladeschs könne die Umsetzung von Gerichtsurteilen nicht garantieren. Nach einem Wechsel der politischen Mehrheiten könnten Urteile als politisch motiviert bezeichnet und widerrufen werden, so die Befürchtung.

Die Forderung der Todesstrafe für verurteilte Kriegsverbrecher ist ein sehr sensibles Thema, das direkt daran anschließt. Augenzeugen haben Familienangehörige und Freunde im Unabhängigkeitskrieg verloren und treten aktiv für die Hinrichtung der Verurteilten ein. Auch eine junge, politisch aktive Generation fordert für Kriegsverbrechen die Höchststrafe. Gleichzeitig fordern einige Akteure der Zivilgesellschaft

zwar die strafrechtliche Verfolgung der Kriegsverbrecher, lehnen aber die Todesstrafe ab. Sie sehen die Gefahr, dass es der Demokratie in Bangladesch langfristig schadet, wenn durch Todesurteile das Recht auf Leben missachtet wird. Als Folge werden jene Akteure öffentlich diskreditiert. Ihnen wird unterstellt, Kriegsopfern, deren Rechte in den Prozessen verteidigt werden, in den Rücken zu fallen – eine neue Trennlinie innerhalb der Gesellschaft.

Der Ruf nach Gerechtigkeit und Anerkennung von Leid ist legitim und zu unterstützen. Doch wie kann eine für Demokratie, Pluralismus und die Aufarbeitung von Kriegsverbrechen werbende Gesellschaft ihre Ziele erreichen, ohne die Todesstrafe zu fordern? Bangladesch muss sich die Frage beantworten, ob der Tod der Verurteilten Frieden und ein Gefühl des Abschließens für eine Nation bringt, die durch ihre gewaltsame Geburt traumatisiert wurde.

Der Fokus auf die gerichtliche Aufarbeitung und verhängte Todesstrafen schürt Gewalt in bisher nicht gekanntem Ausmaß. Als Antwort auf Urteilsverkündigungen und -vollstreckungen kam es wiederholt zu Gewaltwellen gegen staatliche Institutionen, religiöse oder indigene Minderheiten, Privateigentum, NGOs und Journalisten. Für ein friedliches Miteinander in der Gesellschaft sollten neben zentralen Anliegen wie Wahrheitsfindung, Anerkennung und Ahndung von Unrecht sowie der Wiedergutmachung und Garantie der Nichtwiederholung auch tieferliegende Ursachen der Gewaltkonflikte analysiert und diskutiert werden: soziale, kulturelle oder politische Marginalisierung von Bevölkerungsgruppen oder ungleiche Ressourcenverteilung. Dafür muss die Vergangenheitsarbeit mit der Aufarbeitung von wirtschaftlichem, sozialen und kulturellen Unrecht verknüpft werden – als Grundstein für eine nachhaltige Entwicklung.

17. Umsetzungsmittel stärken, globale Partnerschaft für nachhaltige Entwicklung wiederbeleben

■ **Wirksame Partnerschaften im öffentlichen, öffentlich-privaten und zivilgesellschaftlichen Bereich fördern, basierend auf Erfahrung und Strategien der Partnerschaft nutzend**

Das letzte der 17 Ziele, die die UN unter dem Slogan „Niemanden zurücklassen“ in eine bessere Zukunft führen sollen, beschwört das Gemeinsame der Staatengemeinschaft und der Zivilgesellschaft – ein Punkt, der vielen Kritikern bei der Formulierung der Millenniumsentwicklungsziele fehlte. Entscheidend für den Erfolg ist nicht lediglich, die gemeinsamen Ziele zu formulieren. Sie müssen auch gemeinschaftlich auf globaler, nationaler und regionaler Ebene umgesetzt werden. Neben Regierungen und der Wirtschaft muss die Zivilgesellschaft als wichtiger Akteur einbezogen werden. Der bangladeschische Think Tank Centre for Policy Dialogue (CPD) hat fünf große Herausforderungen benannt, die Bangladesch bei der Umsetzung der nachhaltigen Entwicklungsziele meistern muss.

Zunächst müssen die 17 Entwicklungsziele in den nationalen Planungsprozess integriert werden. CPD bezeichnet acht der SDG als bereits gut in die aktuelle Regierungsarbeit integriert und in wirksame Maßnahmen umgesetzt, beispielsweise in den Bereichen Armut- und Hungerbekämpfung und Bildung. Allerdings seien Teile der Ziele bislang nicht oder nur in Teilen in der aktuellen politischen Agenda

zu finden: Verbesserung der Gesundheitssituation oder Beseitigung von Ungleichheit. Die Prioritäten der Regierung müssen neu überdacht werden. Essentiell in Bangladesch sei eine Priorisierung der Ziele 10 (Beseitigung der Ungleichheit) und 16 (Schaffung von Frieden, Gerechtigkeit und starker demokratischer Strukturen).



Die zweite Schwierigkeit für Bangladesch wird CPD zufolge die Bereitstellung von finanziellen und nicht-finanziellen Mitteln, um die Maßnahmen zur Erreichung der Ziele umzusetzen. Die UN-Konferenz für Handel und Entwicklung hat errechnet, dass die Kosten für Entwicklungsländer dafür etwa 3,3 bis 4,5 Billionen US-Dollar (zirka 3 bis 4,2 Bil-

lionen Euro) im Jahr betragen. Damit klafft eine jährliche Finanzierungslücke von mindestens 2,3 Billionen Euro. Das bedeutet, dass Länder wie Bangladesch ihre Prioritäten klar fokussieren und Mittel sehr gezielt einsetzen müssen. CPD schlägt vor, bis 2030 verstärkt in die Bereiche soziale Absicherung, Gesundheit, Bildung, Geschlechtergleichheit, Landwirtschaft und Ernährung zu investieren sowie Maßnahmen zur Inklusion von Menschen mit Behinderung zu fördern. Zudem müsse der Anteil der Nutzung erneuerbarer Energien verdoppelt und Bangladeschs Zugang zum Weltmarkt verbessert werden.

Für die Entwicklung dieser Bereiche, so CPD, bedarf es einer Erhöhung der öffentlichen Ausgaben sowie einer Zunahme des privatwirtschaftlichen Engagements.

Als notwendig erachtet es die Denkfabrik CPD daher, die Umsetzung von Maßnahmen zu den SDG institutionell und professionell zu überprüfen.

Bei den vorangegangenen Millenniumsentwicklungszielen habe eine solche vollständig gefehlt. Vorgeschlagen wird eine Institution, welche die zur Umsetzung zuständigen Ministerien koordiniert. Eine entscheidende Rolle spielten dabei das Parlament und lokalpolitische Gremien, die



Foto: Ashraf

Das Centre for Policy Dialogue fordert, bei der Planung, Implementierung und Evaluierung von Maßnahmen zur Umsetzung der SDG die jeweils betroffenen Bevölkerungsgruppen einzubeziehen und deren Perspektive zu berücksichtigen, beispielsweise die indigene Bevölkerung wie hier in Naogaon. Das könne etwa durch eine Bürgerplattform geschehen.

in Entscheidungsprozesse involviert sein müssen und diese letztendlich mittragen sollen.

Da die SDG aus insgesamt 17 Zielen, 169 Unterzielen und 300 Indikatoren bestehen, sind eine großflächige Datenerhebung, engmaschige Überwachung und zuverlässige Technik notwendig. Bereits die Überwachung der acht Millenniumentwicklungsziele mit 20 Unterzielen und 60 Indikatoren hat Bangladesch CPD zufolge an den Rand seiner Kapazität gebracht. Die technischen und personellen Mängel rechtzeitig zu beheben erklärt der Think Thank als eine der größten finanziellen und organisatorischen Herausforderungen für Bangladesch.

Zuletzt muss der Staat alle beteiligten Akteure zuverlässig und langanhaltend einbinden. Die Umsetzung der SDG lasse sich kaum als politische Dok-

trin verordnen, sie müssen als Kodex verstanden und verinnerlicht werden. Deshalb müsse es der Regierung gelingen, eine Grundlage der Zusammenarbeit zu schaffen, damit politische Institutionen, private und öffentliche Akteure, Wissenschaftler, Experten und die Zivilgesellschaft neben internationalen Entwicklungspartnern gemeinsam an der Umsetzung der vereinbarten Ziele arbeiten. Unumgänglich sei es zudem, bei der Planung, Implementierung und Evaluierung die jeweils betroffenen Bevölkerungsgruppen wie Indigene oder Menschen mit Behinderung einzubeziehen und deren Perspektiven einfließen zu lassen. CPD selbst plant, eine Bürgerplattform ins Leben zu rufen, die als Kontrollorgan die Umsetzung der Maßnahmen zur Erreichung der SDG fungieren soll.

Gewalt kann überwunden werden

NETZ und die Entwicklungsziele

Text: Peter Dietzel

Viele Wissenschaftler, allen voran der indische Wirtschaftsnobelpreisträger Amartya Sen, haben hervor, dass nichtstaatliche Organisationen in den letzten Jahrzehnten wichtige Beiträge zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung Bangladeschs geleistet haben. Als soziale Bewegung und Entwicklungsorganisation hat NETZ ebenfalls dazu beigetragen, die Millenniumsentwicklungsziele (Millennium Development Goals, MDG) zu erreichen. Die meisten Projekte, die NETZ gemeinsam mit benachteiligten Bevölkerungsgruppen und bangladeschischen Partnerorganisationen von 2000 bis 2015 umgesetzt hat, decken sich mit der internationalen Agenda.

Die Erfahrung aus der Arbeit von

NETZ – auch schon vor dem Jahrtausendwechsel – zeigt: Die Millenniumsziele haben strukturelle Ursachen von Armut nur unzureichend in den Blick genommen. Deshalb hat NETZ weitere Ziele definiert und zivilgesellschaftliches Engagement in Bangladesch unterstützt, wodurch soziale und politische Veränderungen gefördert und die Einhaltung der Menschenrechte gestärkt wurden.

Welche Wirkung hat NETZ von 2000 bis 2015 entlang der MDG erreicht?

MDG 1: Überwindung von Hunger

171.000 Menschen haben im NETZ-Programm „Ein Leben lang genug Reis“ aus eigener Kraft dauerhaft den Hunger überwunden.



Kampagne für die Millenniumsziele: 1,5 Kilometer lang – von der Domspitze zum Bahnhof in Wetzlar – war das längste weiße Band Europas am „White Band Day“ 2005.

MDG 2: Grundbildung für alle
20.243 Mädchen und Jungen haben eine Grundschule besucht, die mit Unterstützung von NETZ aufgebaut wurde. Weitere 33.427 Kinder hat NETZ an staatlichen Grundschulen gefördert (Zahlen bis 2014).

MDG 3: Stärkung von Frauen
53.078 Frauen haben an Schulungen teilgenommen und gelernt, ihre Potenziale zu nutzen; sie treten für ihre Rechte ein und gestalten die Entwicklung ihrer Dörfer mit.

MDG 4 und 5: Niedrigere Kindersterblichkeit und bessere Gesundheit der Mütter
Verbesserte Trinkwasserversorgung, hygienischere Toiletten und abwechslungsreiche Ernährung als Ergebnis des Programms „Ein Leben lang genug Reis“ kommen Kindern und Müttern zugute.

Eingesetzte Ressourcen 2000 bis 2015

- 26 Millionen Euro unmittelbar für Entwicklungs- und Menschenrechtsprojekte in Bangladesch und zwei Bundesstaaten Indiens
- 2,7 Millionen Euro für Projektmanagement und politischen Dialog
- 2,6 Millionen Euro für entwicklungspolitischen Austausch und Bildung sowie 2,1 Millionen für Spenden-Kommunikation und Verwaltung
- Mehr als 720.000 ehrenamtlich erbrachte Stunden in Deutschland und Bangladesch durch Aktivisten, Schüler, Eltern, Lehrkräfte, Kirchengemeinden, Weltläden, Vereine, Freiwillige vor Ort, Einzelpersonen, Vorstandsmitglieder und Fachberater.

MDG 6: Eindämmung von schweren Krankheiten

Die grundlegend verbesserten Lebensbedingungen greifen auch für dieses Ziel. Zudem ist Prävention zur Gesundheitsvorsorge ein Bestandteil der Selbsthilfe-Aktivitäten im Programm „Ein Leben lang genug Reis“ sowie der ärztlichen Untersuchungen an den NETZ-geförderten Grundschulen.

MDG 7: Verbesserung des Umweltschutzes

NETZ hat die Pflanzung von 448.657 Bäumen im Norden Bangladeschs finanziert. Teilnehmerinnen am Programm „Ein Leben lang genug Reis“ haben aus eigenen Mitteln weitere 102.577 Bäume gepflanzt.

MDG 8: Aufbau einer weltweiten Entwicklungspartnerschaft

Die Entwicklungszusammenarbeit zwischen NETZ und bangladeschischen NGOs hat die Partnerschaft zwischen beiden Ländern gestärkt, ebenso das Netzwerk Bangladesch-Forum, Freiwilligendienste und wechselseitige Lernbesuche, Schulpartnerschaften und die stete Kommunikation zwischen vielen Aktiven.

Darüber hinaus hat sich NETZ für Menschenrechte und demokratische Teilhabe starkgemacht: 38.469 Frauen und Männer in Bangladesch haben an Schulungen in Menschenrechten teilgenommen und schreiten gegen Menschenrechtsverletzungen in ländlichen Regionen, gegen Gewalt und Diskriminierung ein. NETZ hat den Aufbau von Kapazitäten nationaler Menschenrechtsorganisationen gefördert. Durch die Arbeit wurde die Entwicklung von 207 Selbsthilfe-Or-

ganisationen in Bangladesch und in den Indischen Bundesstaaten Jharkhand und Westbengalen unterstützt, die in ihren jeweiligen Gemeinden Politiker und Behörden rechenschaftspflichtig machen und für die Rechte der Menschen eintreten, die am stärksten benachteiligt sind. Im Netzwerk Bangladesch-Forum hat NETZ durch politischen Dialog und Zusammenarbeit die Menschenrechte und Armutsbekämpfung gestärkt und führende Organisationen der Zivilgesellschaft aus Bangladesch mit deutschen und europäischen politischen Entscheidungsträgern zusammengebracht.

NETZ und viele seiner Mitglieder haben energisch und einflussreich an der Kampagne Deine Stimme gegen Armut mitgewirkt, die in Deutschland politisch für die Millenniumsziele mobil machte.

Ausgeschlossene wirken mit

Zur Vorbereitung der Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDG) fanden viele Konsultationen statt. Das Netzwerk Global Call to Action against Poverty (GCAP) war daran umfänglich beteiligt, es ist die größte weltweite zivilgesellschaftliche Bewegung zur Beendigung von Armut und Ungleichheit. Ingo Ritz, der von 1999 bis 2013 die Geschäfte von NETZ führte, leitet seit drei Jahren das weltweite Sekretariat von GCAP. Gemeinsam mit Partnerorganisationen in Bangladesch hat NETZ sich dafür stark gemacht, dass weitgehend von Entwicklungsprozessen ausgeschlossene Menschen in den Konsultationen gehört werden und mitwirken: Menschen in extremer Armut, indigene Gruppen,

religiöse Minderheiten. Ebenso wurden Menschenrechtlerinnen und Wissenschaftler befragt und aktuelle Forschungen einbezogen.

Khondoker Shakhawat Ali, Entwicklungsexperte aus Bangladesch, hat die vielseitigen Beiträge in einer Studie zusammengefasst. Die Ergebnisse hat GCAP in die Gespräche mit politischen Entscheidungsträgern eingebracht, als die Ziele für nachhaltige Entwicklung bis 2030 ausgearbeitet wurden. Die Studie gibt eine Reihe von Empfehlungen vor allem in Bezug auf die Einbeziehung benachteiligter Bevölkerungsgruppen. So sollen die Rechte der 45 indigenen Gemeinschaften in Bangladesch anerkannt werden. Es soll geprüft werden, ob sozial ausgegrenzte Kinder Zugang zu guter Bildung erhalten und diese sollen Förderung durch Stipendien bekommen. Muttersprachlicher Unterricht soll dazu eingeführt werden.

Eine weitere Forderung: Die ländliche Gesundheitsversorgung durch geschulte Kräfte sicherstellen und eine Krankenversicherung für die Ärmsten und ausgegrenzte Gruppen einführen. Diese Gruppen sollen auch Zugang zu Leistungen des sozialen Sicherungsnetzes haben. Zudem müsse geprüft werden, welche sozial ausgegrenzten Gruppen Zugang zu Land und anderen Ressourcen erhalten und welche nicht, Landnahme und illegale Nutzung staatlichen Lands durch Unbefugte seien zu unterbinden. Zuletzt fordert die Studie Entschädigungen für sozial benachteiligte Menschen, die von den Auswirkungen des Klimawandels betroffen sind. Dazu müssen Landaufschüttungen umgesetzt

und CO₂-Steuern von Industrienationen eingefordert werden. Die Studie steht unter www.bangladesch.org/mediathek oder hier direkt zum Download bereit:



Die Mitgliederversammlung von NETZ hat im Jahr 2015 die Strategie der Organisation für den Zeitraum 2016 bis 2021 verabschiedet. Sie wird Anfang 2016 veröffentlicht. Die darin genannten Ziele für die Förderung von Selbsthilfe und gesellschaftlicher Transformation in Bangladesch stehen im Einklang mit den globalen Zielen für nachhaltige Entwicklung. NETZ konzentriert sich in seiner Strategie vor allem darauf:

- Extreme Armut zu bekämpfen, den Hunger zu beenden, Ernährungssicherheit und eine bessere Ernährung zu erreichen und nachhaltige Landwirtschaft zu ermöglichen (Nachhaltigkeitsziele 1 und 2)
- Inklusives, gerechtes und hochwertiges Grundschulbildung zu fördern (Ziel 4)
- Die Menschenrechte zu stärken sowie Geschlechtergerechtigkeit und Selbstbestimmung für alle Frauen und Mädchen zu erreichen (Ziele 5 und 16)
- Den Aufbau einer solidariischen Partnerschaft in und mit Bangladesch zu stärken (Ziel 17)

Darüber hinaus hat die Strategie eine enge Verzahnung mit den Entwicklungszielen 3 (gesundes Leben und Wohlergehen für alle Menschen), 8 (produktive Vollbeschäftigung und menschenwür-

dige Arbeit für alle), 10 (Ungleichheit innerhalb und zwischen Staaten verringern), 13 (Bekämpfung des Klimawandels und seine Auswirkungen) und 16 (friedliche und inklusive Gesellschaften sowie effektive und rechenschaftspflichtige Institutionen auf allen Ebenen).

NETZ wird weiterhin strukturelle Ursachen von Armut und Ungerechtigkeit hinterfragen und adressieren. Die Organisation wird Einzelne und die Zivilgesellschaft in Bangladesch unterstützen, positive Veränderungen in den Familien und Gemeinden sowie auf regionaler und nationaler Ebene zu gestalten. Auf internationaler Ebene liegt der Fokus im politischen Dialog für Menschenrechte und Armutsbekämpfung auf Deutschland sowie europäischen Institutionen. Die ehren- und hauptamtlich Aktiven in der Partnerschaft werden weiterhin gegenseitiges Verständnis, Aufklärung und Solidarität in Bangladesch und Deutschland mobilisieren – durch entwicklungspolitische Bildung, gegenseitige Lern- und Freiwilligendienste und politischen Dialog.

Die Zielvorgaben der internationalen Agenda sind völlig unzureichend, was die Entwicklung des Friedens und der Gewaltlosigkeit angeht. Bangladesch durchläuft einen rapiden gesellschaftlichen, ökonomischen, ökologischen und kulturellen Wandel. Damit gehen massive Konflikte um Ressourcen, Macht und Identität einher. Alle Prognosen zeigen auf, dass diese zunehmend gewalttätig ausgetragen werden. Dabei geht es um Zugang zu qualitativ guter Bildung, um Jobs, um Ämter. Es geht um wirtschaftliche Interessen, um politischen



Foto: Heiko Herold

Beim Konzert „Stimmen gegen Armut“ 2007 mit Herbert Grönemeyer, Bono, Campino und anderen trat die Band „Bangla“ unterstützt von NETZ parallel zum G8 Gipfel in Rostock auf.

Einfluss, um kulturelles und religiöses Selbstverständnis. Es geht um Wasser, Wohnraum und kultivierbares Land, das aufgrund des Klimawandels knapper wird. Ein Konflikt ist definiert als die Unvereinbarkeit von Zielsetzungen. Die Lösung von Konflikten mit kreativeren Mitteln als Gewalt kann erforscht, erprobt und vielfältig werden. Traditionelles Wissen um Konfliktmoderation kann systematisch erfasst, mit Erkenntnissen der modernen Friedensforschung ergänzt und an viele Akteure weiter gegeben werden. Friedenspädagogik kann gefördert werden. Jegliche Rechtfertigung von Gewalt muss überwunden werden. Deshalb hat NETZ das Thema Konflikttransformation in seine Strategie bis 2021 aufgenommen. Die Organisation will Menschen in Bangladesch beim Erwerb von Kompetenzen in Gewaltprävention und Konfliktlösung unterstützen. Die Strategie, die NETZ im Anschluss daran für die Jahre bis 2030 entwickeln wird, wird auch mit den internationalen Zielen für nachhaltige Entwicklung vereinbar sein und – basierend auf neuen Analysen – darüber hinausgehen.

Der Autor ist seit 25 Jahren beruflich in der Entwicklungszusammenarbeit mit Bangladesch tätig.

Meldungen aus Bangladesch

Anschläge auf Verleger

Mit Macheten und Schusswaffen haben Unbekannte die Verleger Faisal Arefin Dipan und Ahmedur Rashid Tutul sowie die beiden Blogger Tareque Rahim und Ranadipam Basu am Nachmittag des 31. Oktobers 2015 in Bangladeschs Hauptstadt Dhaka attackiert. Dipan kam bei dem Angriff in seinem Büro in der Nähe der Shahbag-Kreuzung ums Leben. Das Attentat auf Tutul, Rahim und Basu wurde im Büro des Verlags Shuddhoswar im Stadtteil Lalmatia verübt. Alle drei Opfer haben den Angriff überlebt und wurden in das Dhaka Medical College eingeliefert.

Der Anschlag auf die säkularen Verleger und Blogger ist kein Einzelfall. Im Februar 2015 wurden vier Blogger und Schriftsteller ermordet – darunter Avijit Roy, dessen Werke die jetzt attackierten Verleger veröffentlicht hatten.

Ausländer ermordet

Zwei ausländische Staatsbürger sind innerhalb von einer Woche durch gezielte Angriffe in Bangladesch ums Leben gekommen. Unbekannte hatten am 3. Oktober 2015 den Japaner Kunio Hoshi in der Nähe der Stadt Rangpur, im Norden Bangladeschs, erschossen. Nur fünf Tage zuvor, am 28. September, war der Italiener Cesare Tavella in Gulshan, dem Diplomatenviertel der Hauptstadt Dhaka, ermordet worden. Der Tathergang war in beiden Fäl-

len ähnlich: Drei Angreifer erschossen ihre Opfer aus unmittelbarer Nähe und flüchteten.

Laut der Nachrichtenagentur Reuters bekannte sich die Terrororganisation Islamischer Staat (IS) zu den Morden und warnte vor weiteren Anschlägen. Die Regierung streitet Aktivitäten der Terrororganisation im Land ab. Premierministerin Sheikh Hasina beschuldigte die Oppositionsparteien Bangladesch Nationalist Party und Jamaat-e-Islami für die Morde verantwortlich zu sein. Beweise dafür liegen bislang nicht vor.

Bundesminister in Bangladesch

Der deutsche Außenminister Frank-Walter Steinmeier hat am 21. September 2015 Bangladesch besucht. Gemeinsam mit seinem französischen Amtskollegen Laurent Fabius wollte er sich ein Bild von den Folgen des Klimawandels machen. Steinmeier wies darauf hin, dass Bangladesch gerade einmal 0,15 Prozent zu den globalen Treibhausgas-Emissionen beiträgt, während es „wie kaum ein zweites Land unter den Folgen des Klimawandels zu leiden hat.“ Die beiden Außenminister riefen dazu auf, beim Weltklimagipfel im Dezember dieses Jahres zu einer Einigung zu kommen und Fortschritte beim weltweiten Klimaschutz zu erzielen. Auch in Gesprächen mit dem bangladeschischen Außenminister Abul Hassan Mahmood Ali sowie mit Premierministerin Sheikh Hasina ging es um Fragen zum Klimaschutz.

Steinmeiers Kollege, der deutsche Entwicklungsminister Gerd Müller, besuchte am 6.

Oktober ebenfalls Bangladesch. Mehr dazu auf Seite 33.

Anzeigenverbot

Der bangladeschische Militärgeheimdienst soll Unternehmen angewiesen haben, keine weiteren Werbeanzeigen in den großen bangladeschischen Tageszeitung The Daily Star und Prothom Alo zu schalten. Das berichtet der arabische Nachrichtensender Al-Jazeera. Sollten die Unternehmen trotzdem weiter in den Zeitungen inserieren, müssten sie mit Konsequenzen rechnen. Diese Anweisung soll erteilt worden sein, nachdem die Zeitungen am 16. August 2015 darüber berichtet hatten, dass Armeeangehörige fünf Indigene in den Chittagong Hill Tracts getötet haben. Beobachtern zufolge fürchte die Armee um die prestigeträchtigen und lukrativen UN-Einsätze zur Friedenssicherung.

Das norwegische Unternehmen Telenor – Hauptanteilseigner des bangladeschischen Mobilfunkanbieters Grameenphone – soll gegenüber Al-Jazeera bestätigt haben, dass es behördliche Anweisungen erhalten habe, keine weiteren Anzeigen in den beiden Zeitungen zu schalten. Ein Berater der Premierministerin dementierte, dass es entsprechende Anweisungen gegeben habe. Seit August sollen Al-Jazeera zufolge die Werbeeinnahmen bei Prothom Alo um mindestens 35 Prozent und beim Daily Star um 25 Prozent zurückgegangen sein. Dies entspricht Einnahmeausfällen von schätzungsweise eine Million Euro.

Meldungen zusammengestellt von Benjamin Kühne

Nähe zur Tradition

Der Maler und Grafiker Quayyum Chowdhury

Text: Peter Dietzel

Vereinfachte Formen, harmonische Strukturen und klare Primärfarben – dadurch zeichnen sich die Werke von Quayyum Chowdhury aus. Die bei der Betrachtung entstehende anregende bis fröhliche Wirkung spiegelt bis heute die Nähe des Künstlers zur traditionellen Volkskunst Bangladeschs wieder. In seinen Zeichnungen mit Kohle, Fasermaler und Bleistift thematisierte er häufig soziale Ungerechtigkeit und politische Gewalt. Chowdhury gehörte zu den bedeutendsten Vertretern der ersten Künstlergeneration Bangladeschs nach der Unabhängigkeit des Landes 1971. Geprägt hatten ihn vor allem Zainul Abedin – der als Gründervater der modernen Malerei in Bangladesch gilt – und dessen Faszination für das ländliche Leben. Seine größte Bedeutung erlangte Chowdhury als Grafiker. Er gestaltete hunderte Buchcover, genoss international Anerkennung und erlangte Auszeichnungen, etwa den Preis der Leipziger Buchmesse für Illustration. Von 1965 bis 2002 unterrichtete der 1932 in Feni geborene Sohn einer Aristokratenfamilie am „Art College“ in Bangladeschs Hauptstadt Dhaka. Dort verstarb Quayyum Chowdhury 2014.



Quayyum Chowdhury
ohne Titel
2006

Ungleich viele Bonbons

Grundschüler entdecken die globalisierte Welt

Text: Sabrina Syben

Unterricht einmal ganz anders: Im September setzten sich 175 Grundschüler in Bergisch Gladbach und Wichterich im Rahmen eines Aktionstages mit Bangladesch und seiner Kultur auseinander. Besonders an der ersten Station „Armut und Gerechtigkeit“ ging es laut her: Wie sind Weltbevölkerung und Welteinkommen verteilt? Lange haben die Mädchen und Jungen diskutiert. Dass im globalen Norden mehr Bonbons – symbolisch für das Welteinkommen – bei weniger Einwohnern sind, empfanden die Kinder als äußerst ungerecht. Sie lernten, dass es in Bangladesch viele Menschen gibt, die nicht genügend Einkommen für Kleidung, Nahrung und Gesundheitsversorgung haben und ihre Kinder nicht zur Schule schicken können.

Doch nicht nur Armut ist mit Bangladesch verbunden. Am meisten Spaß hatten die Kinder an der Kulturstation: Hier lernten sie von Jana Schubert, die einen Freiwilligendienst in Bangladesch gemacht hatte, bengalischen Tanz. Danach wurden die traditionellen Kleidungsstücke Sari und Lunghi anprobiert. Eine Station weiter präsentierten die Kinder stolz ein Schild mit ihren Namen in bengalischer Schrift. Wie wichtig Wasser in Bangladesch ist und was die Gleichaltrigen in dem südasiatischen Land täglich essen, waren weitere spannende Themen, mit denen sich die Schülerinnen und Schüler



Foto: Gabriele Hilsenbeck-Fischer

beschäftigten. Zuletzt begleiteten sie noch den bangladeschischen Jungen Shodai in die Schule, indem sie den Film über ihn und den Bildungssektor in Bangladesch sahen.

Nicht überall auf der Welt leben Menschen so, wie viele von uns es hier in Deutschland gewohnt sind – diese Erkenntnis haben die Grundschüler mit nach Hause nehmen können. Mit dem Bildungskonzept „Bangladesch erfahren“ werden Grundschüler spielerisch dazu ermutigt, sich mit anderen Kulturen auseinanderzusetzen. Wichtig ist dabei immer, den Bezug zum eigenen Leben und den Gewohnheiten hier in Deutschland herzustellen. So entwickeln die Kinder auch ein Bewusstsein für Ungerechtigkeiten und Missstände in unserer globalen Welt.

Mit der Kultur Bangladeschs auseinandersetzen: Grundschüler beim Aktionstag in Wichterich.

Aktionen

Birkenfeld Die katholische Kirchengemeinde Heilig Kreuz in Birkenfeld feierte das 20-jährige Jubiläum ihrer Bangladesch-Partnerschaft. In diesem Zusammenhang präsentierte der Bangladesch-Kreis eine Ausstellung über sein Wirken seit den Anfängen 1995. Unter Anleitung der Erzieherinnen und NETZ-Freiwilligen bastelten die Kinder der Gemeinde bunte Mandalas, die sie mit vielen guten Wünschen an ihre Partnerschule in Bangladesch verschickten.

GESPRÄCH MIT NGOS

NETZ trifft Entwicklungsminister in Bangladesch

Deutschlands Entwicklungsminister Gerd Müller hat am 6. Oktober 2015 Bangladesch besucht. Im Fokus der Reise standen die Arbeitsbedingungen in der Textilproduktion. „Wir alle tragen Verantwortung auf unserer Haut - für die Entwicklung der Länder, in denen unsere Kleider hergestellt werden und für die Menschen, die diese für uns nähen und produzieren“, sagte Müller nach der Besichtigung einer Textilfabrik. Bangladesch ist der weltweit zweitgrößte Exporteur von Textilien, Deutschland der wichtigste Abnehmer in Europa. Müller unterzeichnete vor Ort eine Vereinbarung zum Aufbau einer Unfallversicherung für Näherinnen.

Im Rahmen der Reise traf der Minister auch Vertreter deutscher NGOs. NETZ-Geschäfts-

führer Peter Dietzel hob bei dem Gespräch in Dhaka das enorme Potenzial der Menschen des Landes hervor. Zugleich wies er darauf hin, dass 26 Millionen Menschen ihre Fähigkeiten nicht entfalten könnten, da sie unter extremer Armut und Hunger leiden. Er fordert ein stärkeres Engagement des Entwicklungsministeriums bei der Bekämpfung von Unterernährung. Peter Dietzel berichtete dem Entwicklungsminister vom NETZ-Programm „Ein Leben lang genug Reis“, durch das bereits 150.000 Menschen dauerhaft Hunger und extreme Armut überwunden haben. Familien, die pro Tag weniger als 30 Eurocent pro Kopf zum Leben haben, erhalten in dem Projekt Startkapital und Schulungen sowie Unterstützung beim Aufbau ihrer Selbsthilfe-Organisationen.

Stuttgart Das Welthaus Stuttgart präsentierte den Film „Fernglück“, der acht junge Menschen während ihres weltwärts-Freiwilligendienstes in Bangladesch portraitiert. Im Anschluss an die Vorführung stellte sich Regisseur und Grimme-Preisträger Shaheen Dill-Riaz den Fragen der Besucher.

Senftenberg Auf eine Reise nach Bangladesch haben sich die Mitglieder des Eine-Welt-Ladens Kranich e.V. während ihres Aktionsnachmittags begeben – mit der Erzählung „Der Steuermann“ und dem Kurzfilm „Wenn Shodai

lernt, wird's laut“ zur Bildungssituation. Passend dazu gab es bengalische Erfrischungen und Leckereien. Seit vier Jahren unterstützt der Verein die Kinder der Nakurgachi Dorfschule in Bangladesch.

Rottenburg Bei einer gemeinsamen Kunstaktion auf dem Rottenburger Marktplatz waren insgesamt 20 NETZ-Engagierte mit Künstlern des Vereins Kunst im Kapuziner aktiv. Sie gestalteten drei Collagen zu den Themen Armut/Hunger/Ungeerechtigkeit, Reichtum/Wohlstand/Frieden“ und „Welten be-



Entwicklungsminister Dr. Gerd Müller (l.) und NETZ-Geschäftsführer Peter Dietzel in Dhaka.

Nach dem Gespräch zog der NETZ-Geschäftsführer ein optimistisches Fazit: „Minister Müller hat sehr großes Interesse an den Erfahrungen der nichtstaatlichen Entwicklungsorganisationen und setzt sich öffentlich für sie ein. Ich gehe davon aus, dass NETZ mit Unterstützung des Entwicklungsministeriums weitere positive Veränderungen in Bangladesch bewirken kann“.

gegenen sich“. Dabei haben sie auf kreative Weise Raum für die Auseinandersetzung mit aktuellen, gesellschaftlichen Themen in der Öffentlichkeit geschaffen.

Wetzlar Im Zuge der Initiative „Fairtrade-Town“ eröffnete die Ausstellung „Hessen fairändert“ im evangelischen Gemeindehaus in Wetzlar, zu deren Eröffnung NETZ vertreten war.

Neben den Themen fairer Handel, Nachhaltigkeit und globales Lernen, standen die Möglichkeiten ehrenamtlichen Engagements in der Region im Fokus.

FILM ÜBER NETZ-FREIWILLIGE

Fernglück auf DVD erhältlich



Freundschaft, Spannung, viele Fragen – das ist Fernglück. Nach der TV-Ausstrahlung und einer deutschlandweiten Kinotour Anfang 2015 ist der Dokumentarfilm über junge Freiwillige in Bangladesch jetzt auf DVD erhältlich - exklusiv bei NETZ.

Acht junge Menschen aus Deutschland brechen zu einem Freiwilligendienst nach Bangladesch auf. Sie wollen dort die Arbeit an Grundschulen und in Entwicklungsprojekten

unterstützen. Der aus Bangladesch stammende Filmemacher Shaheen Dill-Riaz, dessen Dokumentation "Eisenfresser" 2010 mit dem Grimmepreis ausgezeichnet wurde, begleitet die Freiwilligen während ihres Engagements. Doch es wird für die jungen Deutschen wie auch für Bangladesch selbst eine ungeahnt stürmische Zeit: Unerwartete Begegnungen, politische Turbulenzen und der Einsturz der Textilfabrik Rana Plaza werfen alle Pläne durcheinander, während neue Freundschaften entstehen. Sind diese stark genug, um die irritierenden Widersprüche und Grenzen zwischen den Welten zu überbrücken?

Die Fernglück-DVD zum Preis von 12 € (inklusive Versandkosten) können Sie jetzt bei NETZ bestellen. Nutzen Sie den abgedruckten Coupon und Sie erhalten ihr persönliches Exemplar handsigniert von Filmemacher Shaheen Dill-Riaz. Sie bekommen die DVD gegen Rechnung zugesandt.

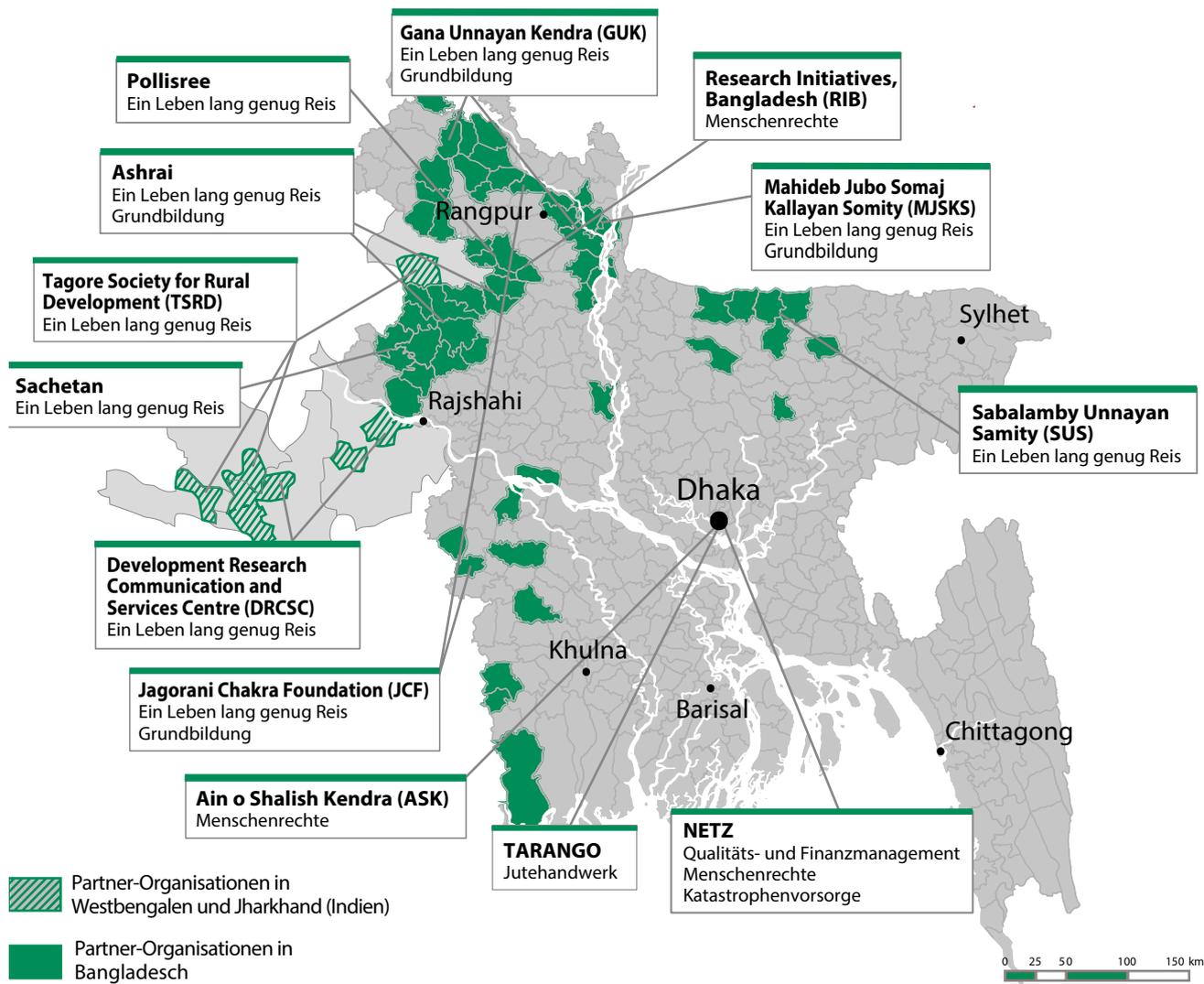
GESCHÄFTSSTELLE **Neue Mitarbeiterin**



Anastasia Rau unterstützt seit dem 2. November 2015 das NETZ-Team in der Geschäftsstelle als Junior-Referentin in den Bereichen Freiwilligendienst und Menschenrechtsarbeit. Nach ihrem Studium der Ethnologie und Kunstgeschichte in Frankfurt/Main absolvierte Anastasia Rau ein Praktikum bei NETZ und war begeistert von der partnerschaftlichen Arbeit und dem Austausch mit den Projektteilnehmenden vor Ort: „Ich freue mich auf die Zusammenarbeit mit einem engagierten Team und darauf, junge Menschen auf einen Freiwilligendienst in Bangladesch vorzubereiten.“ Anastasia Rau möchte einen Teil zur Partnerschaft zwischen Bangladesch und Deutschland beitragen und dabei mitwirken, Ungerechtigkeiten zu beseitigen.

Ja, ich möchte „Fernglück“ bestellen

Dokumentarfilm **Fernglück** auf DVD zum Preis von 12,- Euro **mit Signatur** von Filmemacher Shaheen Dill-Riaz. Senden Sie den Coupon zurück an: NETZ Bangladesch, Moritz-Hensoldt-Straße 20, 35576 Wetzlar. Sie bekommen dann Ihre DVD „Fernglück“ gegen Rechnung. Eine Anzahlung ist nicht nötig.



Partner und Projekte, die von NETZ unterstützt werden

NETZ konzentriert seine Arbeit auf vier Projektbereiche:

„**Ein Leben lang genug Reis**“ unterstützt Familien, die zu den ärmsten 20 % der Bevölkerung gehören, damit diese dauerhaft ein Einkommen erwirtschaften. So können sie für Nahrung, Kleidung und Gesundheit sowie Bildung ihrer Kinder sorgen. Selbsthilfe-Strukturen werden aufgebaut. 54.046 Familien hat NETZ 2014 im Programm „Ein Leben lang genug Reis“ unterstützt. Über 150.000 Menschen haben seit Beginn des Programms den Hunger dauerhaft überwunden.

Grundbildung ist das Handwerkszeug für eine bessere Zukunft. An den von NETZ unterstützten Schulen lernen Mädchen und Jungen u.a. Lesen, Schreiben und Rechnen. An 393 Grundschulen war NETZ mit Partner-Organisationen 2014 aktiv: in abgelegenen, von Armut geprägten Regionen im Norden Bangladeschs. 35.145 Schulkinder erhielten hier Zugang zu qualitativ hochwertiger Grundbildung.

Menschenrechte: NETZ unterstützt 5.000 Menschenrechtsverteidiger beim Kampf für die

Rechte der Ärmsten und gegen Kinder-Ehen, Landraub und Mitgift-Betrug in den Dörfern. In Menschenrechtsräten engagieren sich lokale Meinungsführer, darunter viele Frauen. Auf nationaler Ebene engagiert sich NETZ, dass Menschenrechtsaktivisten sowie NGOs der Zivilgesellschaft wirksam arbeiten können.

Katastrophenvorsorge: NETZ hilft den Menschen beim Kampf gegen den Hunger nach einer Katastrophe und beim Schutz vor künftigen Überschwemmungen.

NETZ - Zeitschrift für Entwicklung und Gerechtigkeit

Moritz-Hensoldt-Str. 20 / D-35576 Wetzlar

Postvertriebstück / DPAG / Engelt bezahlt / G 8619

ISSN 1619-6570



Foto: Lisa Simoni's

54 € sichern den Unterricht

Kinder sind neugierig, aktiv und stecken voller Talente. Doch viele von ihnen haben keine Möglichkeit, ihre Fähigkeiten zu entdecken und zu entwickeln – weil ihre Familien in Armut leben müssen. Mit Spenden richtet NETZ Grundschulen für Kinder ein, die sonst keine Chance auf Bildung hätten. 54 Euro sichern den Unterricht für ein Kind – ein ganzes Jahr lang. Machen Sie mit. Für eine bessere Zukunft.



Das Spenden-Siegel des Deutschen Zentralinstituts für soziale Fragen (DZI) bestätigt, dass wir mit den uns anvertrauten Mitteln sorgfältig und verantwortungsvoll umgehen.

Partnerschaft Entwicklung Gerechtigkeit
NETZ
বাংলাদেশ
www.bangladesch.org

**NETZ Partnerschaft für
Entwicklung und Gerechtigkeit e.V.**

Moritz-Hensoldt-Str. 20

D-35576 Wetzlar

Tel.: 06441 / 97463-0

Fax: 06441 / 97463-29

Spendenkonto / IBAN

Volksbank Mittelhessen

DE 82 513 900 0000 0000 6262

BIC: VB MH DE 5F